

Leuphana Universität Lüneburg
Fakultät III - Umwelt und Technik

Liv Pedersen
Wilschenbrucher Weg 22
21335 Lüneburg
Tel: 0177 566 11 09
E-Mail: livbahia@hotmail.de
Matrikelnr.: 3006207

Bachelorarbeit

eingereicht von Liv Pedersen am 27.07.2010

**Lokal handeln, global wandeln. Durch Partizipation den Wandel gestalten - untersucht am
Beispiel der Transition-Town Initiativen Bielefeld und Witzenhausen.**

1. Prüferin: Frau Prof. Dr. Sabine Hofmeister
2. Prüfer: Herr Dipl.-Phys. Meinfried Striegnitz

Inhalt

1. Einleitung	2
2. Der Begriff „Partizipation“	4
2.1. Geschichte der Partizipation	4
2.2. Partizipation und Demokratie	8
2.3. Stufen der Partizipation.....	10
2.3.1. Kooperation bei Klaus Selle.....	10
2.3.2. „citizen control“ bei Sherry Arnstein	12
2.4. Herausforderungen in Partizipationsprozessen	13
3. Vorstellung der Transition-Town-Bewegung und der Initiativen Bielefeld und Witzenhausen.....	15
3.1. Transition-Town Bewegung.....	15
3.1.1. Gründung einer Initiative.....	17
3.2. Transition-Town Initiative Witzenhausen	19
3.3. Transition-Town Initiative Bielefeld	20
4. Methode.....	21
4.1. Bewertung von Partizipationsprozessen	21
4.2. Interviewform und Erstellung des Interviewleitfadens.....	26
4.3. Auswertung der Interviews	26
5. Vorstellung der Interviewergebnisse.....	28
5.1. Bielefeld	28
5.2. Witzenhausen	33
5.3. Abschließende Beurteilung der Interviewergebnisse	36
6. Fazit	43
Literaturverzeichnis.....	45

1. Einleitung

Unsere Gesellschaft ist abhängig vom Öl. Öl ist die Quelle, die unseren energieintensiven Lebensstil und den Gebrauch der Vielzahl an Produkten, die wir im Alltag verwenden, ermöglicht. Die Erschließung riesiger neuer Ölvorkommen ist jedoch schon heute an große technische und finanzielle Risiken geknüpft. Diese neu erschlossenen Quellen können den Ölbedarf für wenige weitere Jahre decken. Mit der wachsenden Weltbevölkerung und ihrem zunehmenden Bedarf an Energie, stellt sich auch die Frage der gerechten Verteilung der begrenzten Ölreserven. Das zu erwartende weltweite Ölfördermaximum, genannt „Peak Oil“, lässt sich nicht mehr ignorieren, denn damit stehen unseren Gesellschaften tiefgreifende Veränderungen bevor. Der Klimawandel ist das lebensbedrohliche Nebenprodukt von der Verbrennung fossiler Rohstoffe. Schon jetzt sind 80% aller Umwelt- und Entwicklungsprobleme von Energiefragen abhängig. (vgl. Campbell et al. 2007: 7 f)

Im Jahre 2005 kommt in der Stadt Kinsale in Irland eine Bewegung ins Rollen, die sogenannte Transition-Town Bewegung, in Deutschland auch unter dem Namen Energiewende-Bewegung bekannt. Mit ihren zahlreichen, weltweit lokal angesiedelten Initiativen nimmt sie sich den Themen Peak Oil und Klimawandel auf innovative Weise an. Ihr Ziel ist es eigene Handlungsoptionen in den jeweiligen Gemeinden zu entwickeln, um sich vor möglichen äußeren Erschütterungen, wie Energieengpässen, zu schützen. Die Initiativen möchten Alternativen an Hand eigener Projekte aufzeigen, wie eine zukunftsfähige Lebensweise ohne die Abhängigkeit von Öl möglich wird. Die Gestaltung einer zukunftsfähigen Gesellschaft kann jedoch nur mit vereinten Kräften geschehen. Der Austausch über Vorstellungen zu „wie wollen wir in Zukunft leben“ sollte möglichst unter Einbindung vieler und unterschiedlicher Menschen stattfinden. Das sieht die Energiewende-Bewegung genauso und nennt als zwei ihrer Schlüsselprinzipien Dialog und Inklusion, unter der sie eine Einbindung möglichst unterschiedlicher Menschen versteht. (vgl. Hopkins 2008: 141) Da sich die Bewegung dem Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft verschrieben hat, soll in diesem Zusammenhang an Hand der deutschen Initiativen Bielefeld und Witzenhausen untersucht werden, ob die Strukturen der Initiativen eine breite Beteiligung der Menschen ihrer Gemeinde zulassen und somit einen alle mit einbeziehenden Dialog über die Zukunft der Gesellschaft ermöglichen. Die Ergebnisse der Untersuchung sollen eine Annäherung sein an die Antwort auf die Frage: Sind die Energiewende-Initiativen mit ihren Organisations-

strukturen wirklich dazu geeignet, die Menschen zu befähigen einen Beitrag zum Wandel zu leisten?

Die Untersuchung der Initiativen soll mit Hilfe von Kriterien für Partizipationsprozesse durchgeführt werden. Die Kriterien finden Anwendung in Interviews, die mit jeweils einem oder zwei der Gründungsmitglieder der Initiativen geführt werden, um die nötigen Informationen für die Ausgangsfragestellung zu generieren. Diese Kriterien leiten sich aus der theoretischen Auseinandersetzung ab, welche Voraussetzungen Partizipationsprozesse erfüllen sollten, um niemanden die Teilnahme am Prozess und damit am gemeinsamen Dialog zu verwehren. Die theoretische Auseinandersetzung beginnt mit den geschichtlichen und demokratiethoretischen Zusammenhängen in denen der Begriff Partizipation auftaucht. Hier soll ein grundlegendes Verständnis dafür gelegt werden, welche Vorstellungen und Erwartungen an Partizipation geknüpft sind. Für die Ableitung von Kriterien wird anschließend auf konkrete Partizipationsmodelle von Klaus Selle und Sherry Arnstein eingegangen, die eine Vorstellungen davon geben, was Partizipationsprozesse leisten sollten. Zusammen mit den Kriterien zu „guter Verfahrensorganisation“ von Wolf Linder und Adrian Vatter, die sich mit der Evaluation von Beteiligungsprozessen beschäftigt haben, ergibt sich ein klares Bild der Kriterien für die weitere Untersuchung. Bevor diese Kriterien schließlich im Einzelnen vorgestellt werden, werden die Transition-Town Bewegung und ihr Leitfaden zur Gründung einer Initiative und die beiden Initiativen in Witzenhausen und Bielefeld vorgestellt. Beide Initiativen sind sehr jung. Ihre Organisationstrukturen fangen gerade erst an sich herauszubilden. Das Ergebnis der Untersuchung muss deshalb vor dem Hintergrund betrachtet werden, dass sich die Initiativen in einem ständigen Entwicklungsprozess befinden und mit ihm auch ihre Strukturen. Weiter können von den Ergebnissen der Untersuchung nur begrenzt Rückschlüsse auf die ganze Bewegung geschlossen werden, da die Initiativen weltweit unabhängig voneinander agieren. Jedoch lässt sich vermuten, dass sich die Anregungen aus dem Leitfaden der Bewegung zur Gründung einer Initiative, auch auf die anfänglichen Strukturen der Initiative auswirken. Im Methodenteil der Arbeit werden dann schließlich die Kriterien für die Untersuchung vorgestellt und auf die Auswahl der Interviewpartner und der Auswertungsmethode der Interviews eingegangen. Anschließend werden die Ergebnisse der Interviews für Witzenhausen und Bielefeld einzeln dargestellt und gemeinsam einer abschließenden

Beurteilung unterzogen. Die abschließende Beurteilung soll Aufschluss darüber geben, in wieweit die Organisationsstrukturen der Initiativen mit den Anforderungen an einen Partizipationsprozess übereinstimmen bzw. andersherum, ob die aus der Theorie abgeleiteten Kriterien nicht greifen, weil sie möglicherweise zu realitätsfern sind. Das Fazit soll zusammenfassen, ob die Untersuchung die in der Einleitung gestellten Fragen beantworten konnte und welche Fragen vielleicht noch offen bleiben.

2. Der Begriff „Partizipation“

2.1. Geschichte der Partizipation

In der wissenschaftlichen Literatur hat man es meist mit Definitionsversuchen zu tun, wenn es darum geht den Begriff Partizipation zu beschreiben. Die Definitionen wiederum sind in ihrer Formulierung unterschiedlich deutbar, weil sie sich bedeutungsschwerer und vielseitig auslegbarer Bezeichnungen bedienen wie „Transfer von Autorität und Verantwortung auf gesellschaftliche Basiseinheiten“ (Hettlage, zitiert nach Rucht 1982: 132) oder „Partizipation ist Demokratisierung“ (Vilmar, zitiert nach Rucht 1982: 132). Sehr wohl lässt sich aber an den verschiedenen Auslegungen erkennen, ob Partizipation als Mittel und/ oder als Zweck begriffen wird, als Mittel, um gesetzte Ziele möglichst effektiv zu erreichen, wenn es zum Beispiel in Planungsverfahren darum geht wichtige Informationen aus der Bürgerschaft zu generieren. Als Zweck wird Partizipation meist auch im Zusammenhang der Demokratisierung gesehen. Hier geht es nicht nur um die Beteiligung der Bürger an politisch-administrativen Entscheidungsprozessen, sondern auch darum, das Verständnis vom mündigen Bürger in alle anderen Lebensbereiche der Gesellschaft hereinzutragen. An dieses Verständnis von Partizipation sind oft normative Vorstellungen geknüpft, wie Machtumverteilung oder Selbstbestimmung. Um sich dem Begriff der Partizipation anzunähern, ist es hilfreich sich die geschichtlichen Zusammenhänge, in denen er auftaucht, näher anzuschauen.

In Deutschland kreisen in den 60er/70er Jahren die Debatten vor allem um die normativen Begründungen für Partizipation. Es geht unter anderem um Emanzipation, verstanden als Stärkung des Selbstbewusstseins und der Handlungsfähigkeit des Bürgers. (vgl. Hollihn 1978: 24) Die Debatten sind das Ergebnis einer gesellschaftlichen Auseinandersetzung mit den autoritären politisch-administrativen Strukturen der Nachkriegszeit und ein Versuch sich von

ihnen zu lösen. Die Forderungen nach Demokratisierung der Gesellschaft sind überall zu hören. Es geht vor allem um eine höhere Teilhabe der Bevölkerung an den gesellschaftlichen Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen, um sich von der Vormundschaft durch den Staat zu lösen. Die Handlungsoptionen des Bürgers sind zu dieser Zeit stark auf die Wahl und damit die Nominierung von Vertretern, die die Aushandlungsprozesse zwischen den divergierenden Interessen der einzelnen Interessenvertreter für ihre Wähler übernehmen, beschränkt. Sobald die Legitimität von Entscheidungen nicht mehr gegeben ist, weil zum Beispiel bestimmte Politikbereiche oder Interessensgruppen vernachlässigt werden, verstärken sich meist auch die Forderungen nach mehr Beteiligung. (vgl. Rucht 1982: 133) Eine erhöhte Beteiligung soll zu der erhöhten Legitimität von Entscheidungen beitragen. (vgl. Feindt/Newig 2005: 11) In der parlamentarischen Staatsordnung dienen vor allem die Wahlen, Gesetze und besonders die Rechtsbindung der Exekutive zur Wahrung der Legitimität. Luhmann spricht in diesem Zusammenhang auch von „Legitimation durch Verfahren“ und meint damit den Glauben und das Vertrauen in die bestehende Herrschaftsordnung und ihre Institutionen. (vgl. Rucht 1982: 135 f) Dabei gilt das Mehrheitsprinzip als das Legitimationsinstrument der Neuzeit, aber auch nur wenn bestimmte Voraussetzungen gegeben sind, wie zum Beispiel die strukturelle Offenheit des Verfahrens. Gemeint ist damit der freie Zugang zu Informationen, die das Verfahren betreffen. Gleichzeitig dürfen Mehrheitsentscheidungen nicht dazu führen, dass Minderheiten keine Chance mehr haben eine Mehrheit zu erlangen. Außerdem dürfen Entscheidungen künftige Generationen nicht irreversibel binden, was vor allem in der Nachhaltigkeitsdebatte eine große Rolle spielt. Hier wird die intra- und intergenerationale Gerechtigkeit als zentrales Element von Nachhaltigkeit gesehen. (vgl. Baranek/Walk 2005: 73) Sie dürfen aber auch generell sich wandelnden Wertevorstellungen oder neuen Problemlagen nicht die Möglichkeit nehmen, Entscheidungen rückgängig zu machen. Dies würde den demokratischen Prinzipien der Freiheit und Selbstbestimmung widersprechen. (vgl. Rucht 1982: 142)

Partizipation soll nicht mehr länger nur „von oben“ gesteuert werden. Diesen Anspruch formulierten die zahlreichen Bürgerinitiativen, die sich zu der Zeit der gesellschaftlichen Debatte um mehr Selbstbestimmung und Mitbestimmung der Bürger gründeten. Sie waren zugleich Ausdruck und treibende Kraft dieser gesellschaftlichen Auseinandersetzung.

Gleichzeitig kam die Frage auf, ob die Bewegungen ihrem nach außen proklamierten Anspruch auf eine Demokratisierung politischer Entscheidungen in den eigenen Willensbildungsprozessen gerecht werden. (vgl. Roth 1987: 68 f) Es ging den Initiativen auch darum alternative Strukturen zu leben, weg von den Institutionalisierungs- und Bürokratisierungstendenzen, wie sie auf staatlicher Ebene zu beobachten waren. Das Selbstverständnis der Bürgerinitiativen drehte sich um die unmittelbare Vertretung der Interessen der „Basis“ in der Öffentlichkeit. (vgl. Rucht 1987: 241) Daraus wuchs auch der weit verbreitete Anspruch nach basisdemokratischen internen Strukturen organisiert zu sein. Auch wenn der Begriff basisdemokratisch sehr vielseitig in seiner Auslegung ist, meint er vor allem die Abwendung von repräsentativ-demokratischen Entscheidungsstrukturen hin zu direktdemokratische Entscheidungsstrukturen, Konsensprinzip und die Vermeidung von Hierarchie. Bei wichtigen Entscheidungen gilt es möglichst alle zu beteiligen. (vgl. Haunss 2000: 146) Untersuchungen haben jedoch ergeben, dass auch direkt-demokratische Organisationen nicht vor dem Herausbilden von Führungseliten und somit hierarchischen Strukturen gefeit sind. Bei zunehmender Zahl der Anhänger steigen auch die Bürokratisierungstendenzen. Begrenzte Mitwirkungschancen haben die Apathie der Masse zur Folge, welche den Nährboden für die Elitenbildung schafft. (vgl. Hollihn 1978: 67) Die Rolle der Bürgerinitiativen in der Gesellschaft ist eine besondere, weil sie das Sprachrohr für gesellschaftliche Belange in der Öffentlichkeit darstellen. Sie sind im sogenannten intermediären Bereich aktiv, der Bereich, indem Zivilgesellschaft, Markt und Staat aufeinandertreffen und das Handeln nicht durch eine einzige Logik bestimmt wird, wie zum Beispiel in der Wirtschaft das privatwirtschaftliche Nutzenkalkül das Handeln des Individuums maßgeblich beeinflusst. Dies bietet den Bürgerinitiativen einen gewissen Spielraum für Experimente mit anderen Funktionsprinzipien wie Solidarität oder Selbstorganisation. (vgl. Kohout 2002: 65)

Die Entwicklung hin zu mehr gesellschaftlicher Mitbestimmung ließ sich von staatlicher Seite damals vor allem in der Stadtplanung beobachten, die sich durch ihre Maßnahmen im städtisch-gesellschaftlichen Raum besonders mit den Interessen der Anwohner konfrontiert sah und ihren Forderungen nach Mitgestaltung. Am Anfang „waren im deutschen Verwaltungsverfahrensgesetz Beteiligungsrechte [...] primär an die individuelle Betroffenheit und damit an individuelle Rechtspositionen geknüpft“ (Feindt/Newig 2005: 10). Für die

Besitzerin eines von der öffentlichen Planung betroffenen Grundstückes bedeutete dies zum Beispiel, dass sie Einsicht in die verfahrensbezogenen Informationsgrundlagen bekam, Einwand erheben und gegebenenfalls klagen konnte. Später mit dem Bundesbaugesetzbuch von 1960 wurde der Zugang zu Informationen, die das Planungsverfahren betrafen, auf die gesamte Öffentlichkeit erweitert. Pläne wurden ausgelegt oder in öffentlichen Veranstaltungen kund getan. „Es geht um Information, Akzeptanzförderung und das rechtzeitige Erkennen von möglichen Widerständen – letztlich um Effektivierung von Planung.“ (Bischoff et al. 1995: 9) Auf Grund der Einsicht, dass die gesellschaftliche Komplexität zunimmt, nimmt auch das Interesse an einer breiten Beteiligung zu. Erstens um die Effektivität der Informationsgenerierung weiter zu erhöhen und zweitens um eine breite Beteiligung an der gesellschaftlichen Willensbildung zu gewährleisten. Vor diesem Hintergrund geht man Mitte der 70er Jahre zu einer aktivierenden Planung über, die versucht Zielgruppen direkt anzusprechen, um sie für eine Beteiligung an der Planung zu begeistern. Das Beteiligungsverständnis in der Planung wandelte sich über die Zeit vom einfachen Informieren und Anhören hin zu einer gezielten Einbindung der Öffentlichkeit – auch demokratische Planung genannt. (vgl. Bischoff et al. 1995: 9) Wie unterschiedlich jedoch der Begriff demokratische Planung ausgelegt werden kann, wird deutlich, wenn man sich den kooperativen Partizipationsbegriff anschaut und ihn mit dem plebiszitären vergleicht. Beide Begriffe stehen für eine Umverteilung von Macht von „oben“ nach „unten“, also von Staats- auf Gesellschaftsebene, aber in unterschiedlichem Ausmaß. Der plebiszitäre meint die absolute Kontrolle des Bürgers über zu treffende Entscheidungen bezüglich Sach- und Personalfragen zum Beispiel durch das Schaffen räteartiger Gremien (vgl. Hollihn 1978: 26), der kooperative meint das Zusammenwirken von nicht-staatlichen und staatlichen Akteuren zur Lösung von Problemen (vgl. Kohout 2002: 40). Hierbei geht es also nicht um die absolute Kontrolle der Bürger über Entscheidungen, sondern um die Einbeziehung ihrer Interessen.

Mit Beginn des Nachhaltigkeitsdiskurses und dem Aktionsprogramm Agenda 21, das 1992 auf der Konferenz für Umwelt und Entwicklung der Vereinten Nationen in Rio de Janeiro von 172 Staaten beschlossen wurde, wurde der Beteiligung der Öffentlichkeit bei der Formulierung von Nachhaltigkeitszielen eine besondere Rolle zugeschrieben. (vgl. Baranek/Walk 2005: 69) Partizipation rückt wieder in den Fokus der Politik und

Wissenschaften. Denn nur durch die Einbindung möglichst vieler und ihr Austausch über Perspektiven und Interessen kann ein zufriedenstellender Konsens über die Zukunft unserer Gesellschaft gefunden werden. (vgl. Feindt/Newig 2005: 17) Die nationale Umsetzungsstrategie der Agenda 21 für Deutschland, von der damals dazu eingerichteten Enquete-Kommission „Schutz des Menschen und der Umwelt“ als Vorschlag erarbeitet, legt dabei den Schwerpunkt auf die Einbindung der Bevölkerung durch partizipative Verfahren. Sie versteht Partizipation als Mittel, um eine zukunftsfähige Entwicklung umzusetzen und sie durch die Einbindung der Bevölkerung durch Akzeptanzschaffung dauerhaft zu machen. (vgl. Baranek/Walk 2005: 70) Darüber hinaus spielt Partizipation als Beitrag zu Lern- und Verständigungsprozessen aus denen sich Motivation und soziale Verpflichtungen für nachhaltigkeitsverträgliche Verhaltensweisen ergeben eine Rolle. Unter dieser Annahme ist es besonders wichtig viele in den Gestaltungsprozess mit einzubeziehen und sie dazu zu befähigen einen Beitrag zu einer zukunftsfähigen Entwicklung zu leisten. Partizipation ist in diesem Sinne nicht nur ein Mittel sondern auch der Zweck, also das eigentliche Ziel, das es zu erreichen gilt. (vgl. Heinrichs 2005: 59 f). Hier wird die Unterscheidung zwischen Partizipation als Mittel und als Zweck deutlich, die zu Beginn schon einmal erwähnt wurde.

2.2. Partizipation und Demokratie

Demokratie wird oft in einem Atemzug mit Partizipation genannt. Dass ein bestimmtes Demokratieverständnis meist mit einem bestimmten Verständnis von Partizipation korreliert, sollen die beiden Demokratiemodelle zeigen, die im Folgenden miteinander verglichen werden. Es handelt sich dabei um das Modell der direkten Demokratie von Jean-Jacques Rousseau und das Konkurrenzmodell von Joseph Alois Schumpeter.

Rousseau verfolgt den Ansatz der direkten Demokratie, der repräsentative Elemente vollkommen ausschließt. Entscheidungen werden bei Rousseau auf Volksversammlungen getroffen, bei denen nach dem Allgemeinwille das Beste für das Gemeinwohl entschieden wird. Der Allgemeinwille beruht nach Rousseau auf der Annahme, dass durch die Vernunft jeder Bürger dazu in der Lage ist, das für die Gemeinschaft Beste zu erkennen. Damit Entscheidungen im Sinne des Gemeinwohls getroffen werden können, müssen gewisse gesellschaftliche Voraussetzungen erfüllt sein. Dazu gehört die Teilnahme aller an Geschäften der Gemeinschaft und „eine weitgehende Gleichheit der Mitglieder

untereinander „in dem alle etwas und keiner zu viel besitzt“ und Menschen in „mittleren Lebensumständen die Bevölkerungsmehrheit bilden“ (Rousseau, zitiert nach Hollihn 1978: 67). Die Staatengröße darf ein überschaubares Maß nicht überschreiten, um Volksversammlungen überhaupt möglich zu machen. Dass dieser Zustand in der Realität nie erreicht wurde, spricht für sich und lässt an seiner Realisierung auch in Zukunft zumindest auf staatlicher Ebene zweifeln. Bei Rousseau findet man die Korrelation zwischen dem weitreichenden Partizipationsbegriff, der Emanzipation und Machtumverteilung zum Ziel hat und dem fundamental-demokratischen Demokratiebegriff, mit dem Ziel der direkten Demokratie, bei der die Entscheidungsmacht beim Volk liegt. (vgl. Hollihn 1978: 63) Das direkt-demokratische Modell von Rousseau steht stark im Kontrast zu dem Konkurrenzmodell von Schumpeter.

Das Konkurrenzmodell von Schumpeter beruht auf der empirisch untermauerten Einsicht, dass auch bei einer demokratischen Mehrheitsherrschaft Entscheidungen von Minderheiten getroffen werden. Schumpeter glaubt nicht, dass der Bürger fähig ist, im Sinne des Gemeinwohls zu handeln. Nach ihm entsteht der Allgemeinwille, auf Grund dessen bei Rousseau der Bürger Entscheidungen im Wohle der Gemeinschaft trifft, erst als Reaktion auf die Aktivitäten einer politischen Elite. Er steht also zu Beginn des politischen Willensbildungsprozesses noch gar nicht fest. (vgl. Kohout 2002: 48) Alle Interessen einer Gemeinschaft können deshalb nur durch die Wahl ihrer Vertreter hinreichend berücksichtigt werden. Das Gemeinwohl kristallisiert sich dann erst im Kompromiss von den vom Volk delegierten heraus. Deshalb braucht nach Schumpeter jedes Kollektiv eine Führung, die durch Wahlen demokratisch legitimiert ist. Hier wird klar, warum die institutionellen staatlichen Vorkehrungen bei Schumpeter so eine wichtige Rolle spielen, denn auf sie reduziert sich der demokratische Anspruch. Schumpeter definiert Demokratie als „diejenige Ordnung der Institutionen zur Erreichung politischer Entscheidungen, bei welcher einzelne die Entscheidungsbefugnis vermittels eines Konkurrenzkampfes um die Stimmen des Volkes werben.“ (Schumpeter, zitiert nach Hollihn 1978: 69) Mit dem Konkurrenzmodell wird die Korrelation zwischen pluralistischer Demokratietheorie, die von einer Koexistenz verschiedener Interessen in einer Gesellschaft ausgeht, und einem enger gefassten Partizipationsbegriff, der in der Vertretung von Interessen eine umfassende Beteiligung sieht

und nicht in der Machtumverteilung zu Gunsten des gesamten Volkes, da die in seinen Augen keine ist.

Mit den beiden unterschiedlichen Demokratiemodellen ist auch ein unterschiedliches Menschenbild verbunden. Bei Rousseau fällt dieses Menschenbild sehr optimistisch aus. Er spricht ihm die Fähigkeit zu im Sinne des Gemeinwohls zu handeln, während Schumpeter der breiten Masse diese Fähigkeit abspricht, weil der Bürger, sobald er die politische Arena betritt, nicht mehr aus Vernunft sondern allein im Eigeninteresse handelt. (vgl. Kohout 2002: 54) Schumpeter versteht Demokratie als Methode und somit nur in der Politik verortet. Er sieht in Partizipation keinen Selbstzweck. Rousseau vertritt ein Demokratiemodell, welches dem Motto „Herrschaft des Volkes durch das Volk“, in dem Gesellschaft und Staat eins werden, in maximaler Form gerecht werden will und Partizipation normativen Charakter erlangt.

2.3. Stufen der Partizipation

Partizipation ist nicht gleich Partizipation, wie auch schon an der Entwicklung der Planung und ihrem Bestreben, die Bürger vermehrt in Aktivitäten einzubinden, deutlich wird. Dieses Phänomen hat Selle in einem Schaubild veranschaulicht, welches immer wieder in der Planungsliteratur auftaucht und auch in dieser Arbeit dabei helfen soll, unterschiedliches Ausmaß und Intensitäten von Partizipation zu unterscheiden. Auch Sherry Arnsteins Stufenmodell gibt eine Idee davon, welche Eigenschaften Partizipationsprozesse innehaben können und wie sie zu bewerten sind.

2.3.1. Kooperation bei Klaus Selle

Das Modell von Selle ist in dem Sinn kein Stufenmodell. Es veranschaulicht allein die chronologische Entwicklung in der Planung, die dahin verläuft Bürger vermehrt zu Beteiligen. Den aktuell zu beobachtenden Zustand in der Planung bezeichnet er als Kooperation. Es geht dabei um „das Zusammenwirken von Akteuren aus verschiedenen Sphären“ (Selle 1994: 65). Sie ist die höchste Stufe der Kooperation und unterscheidet sich von der Kooperation bzw. Koordination innerhalb von Institutionen oder Akteuren innerhalb einer Sphäre, wie zum Beispiel die Sphäre der Verwaltung. Ihr wesentliches Merkmal ist, dass die kooperative Planung verschiedene „Welten“ zusammenführt ohne diese in ihren Eigenarten zu beeinträchtigen. Mit den Welten sind vor allem die unterschiedlichen Werte und Handlungs-

und Organisationsformen der verschiedenen Akteure gemeint, da sie durch ihre verschiedenen gesellschaftlichen Hintergründe und Sphären geprägt sind. Der Ort, an dem kooperiert werden soll, ist der intermediäre Bereich, also die Schnittstellen zwischen den „Welten“ Staat, Kapital und zivile Gesellschaft, wie sie ihn zum Beispiel Bürgerinitiativen darstellen. (vgl. Selle 1994: 68) Die Voraussetzung zur Problembearbeitung stellt unter anderem der Dialog zwischen den Teilnehmenden dar, der es erst ermöglicht Informationen zusammenzuführen, komplexere Bilder der Realität, welche durch die Sichtweise und Beschreibung durch eine einzelne Institution unvollständig bleiben würden, zu erschaffen und mögliche Lösungen, die der Komplexität gerecht werden, zu erzeugen. Die bisherige Kommunikation lief monologisch ab, einzelne wurden unabhängig und voneinander abgeschirmt nach ihren Interessen befragt. Dies hat zur Folge, dass der Status Quo von Wissen und Interessen der Akteure erhalten bleibt, welche sich in einem Dialog verändern mögen. Diesen Prozess nennt Selle „dialogischen Lernprozess“. (vgl. Selle 1994: 71)

Als eine weitere Voraussetzung für den Kooperationsbegriff gilt die Offenheit des Prozesses. Damit ist aber nicht die Zugänglichkeit der breiten Massen zum Verfahren gemeint, sondern primär die Verlagerung von Entscheidungen, damit sind sowohl die Problemdefinition, als auch das Finden von Lösungen gemeint, in den Dialog zwischen und somit in die Hände der Akteure. Als Kritik kann hier die Legitimität der Entscheidungen angeführt werden, die von einem demokratisch nicht legitimierten Gremium getroffen werden und auch die möglichen ungleichen Voraussetzungen mit denen die Akteure in die Verhandlungen gehen. Zumindest was die Legitimität angeht, kann mit Hilfe von demokratischen Organisations- und Verfahrensformen innerhalb dieser Gremien der Kritikpunkt gemildert werden. (vgl. Kohout 2002: 40) Kooperation kann verschiedene Formen annehmen von Informationsaustausch, über die Vereinbarung gemeinsamer Leitbilder, bis hin zu formalisierten Institutionen.

Selle beschreibt am Ende seinen Begriff der Kooperation unter anderem mit folgenden Merkmalen: nicht-hierarchische Strukturen, in die sich jeder aus freiem Wille einbringt und in denen er in den Überschneidungsbereichen seine Interessen mit denen der anderen aushandeln muss. Hierbei werden verschiedene Problemwahrnehmungen zusammengeführt, was die Möglichkeit einer ganzheitlichen Problembetrachtung ermöglicht. Formenvielfalt, die für eine der Situation angepasste Form der Zusammenarbeit

steht von Informationsaustausch, über die Vereinbarung gemeinsamer Leitbilder, bis hin zu formalisierten Institutionen. Selle nennt hier als Beispiel „Netzwerke, die auf Offenheit für eine noch unbestimmte Zahl von Kooperanden angewiesen sind“ und deshalb „möglicherweise das parallele Handeln der verschiedenen Akteure lediglich auf die Vereinbarung gemeinsamer Leitbilder oder die Abstimmung von Strategien beschränken, um so das nötige Maß an Flexibilität zu erhalten“ (Selle 1994: 77). Weitere Merkmale sind Konsensbereitschaft, Ortsbezug, Projektrealisierung, denn Selle begreift Kooperationen nicht als Selbstzweck sondern als Mittel zur Problemlösung und Parallelität des Handelns, welche eine Weiterentwicklung von Konzepten und Realisierung erster Projekte zur gleichen Zeit nicht als Hindernis für den Prozess versteht. (vgl. Selle 1994: 77)

2.3.2. „citizen control“ bei Sherry Arnstein

Sherry Arnsteins Stufenmodell der Partizipation aus dem Jahre 1969 unterscheidet zwischen verschiedenen Stufen, die sich durch einen mehr oder minder ausgeprägten Einfluss des Bürgers auf die Ergebnisse von Plänen und Programmen auszeichnet. Für Arnstein ist Partizipation „the redistribution of power that enables the have-not citizens, presently excluded from the political and economic processes to be deliberately included in the future“ (Arnstein 1967: 216). Arnstein vertritt die Meinung, dass die Bürger unter anderem an Entscheidungen, wie Zugang zu Informationen, Kontrolle über die Erhebung von Steuern, Durchführung von Programmen beteiligt werden sollen. Sie sollen die Mittel erhalten, sich an den Vorzügen der Wohlstandsgesellschaft zu beteiligen. Der Grad der Beteiligung reicht bei Arnstein über acht Stufen. Die unterste Stufe ist die der „Nichtbeteiligung“ in Form von Desinformation, aber auch in Form von Scheinpartizipation. In diesem Fall wird der Bürger entsprechend der Vorstellung des Planers erzogen. (vgl. Hollihn 1978: 29) Die nächste Abstufung, von Arnstein unter anderem beschrieben durch die Begriffe „informing“ und „consultation“, ermöglicht dem Bürger noch keine direkte Einflussnahme auf das Ergebnis der Entscheidung. Diese Stufe ist beschränkt auf das Informieren, seine Interessen werden lediglich in gemeinsamer Beratung abgefragt. (vgl. Selle 1996: 169) Das Aufheben des Herrschaftsgefälles zwischen Mächtigen und Machtlosen, wird erst durch die von ihr in Stufe sechs genannten Kooperation langsam aufgehoben. Hier treten Mächtige und Machtlose in den Dialog, um sich über Zielkonflikte auszutauschen und gemeinsam zu einer Lösungsfindung zu kommen. Die höchste Stufe, beschrieben durch die Stufe „citizen

control“, Bürgerkontrolle, meint die Verlagerung von Entscheidungsmacht zu Gunsten breiter Bevölkerungsgruppen. (vgl. Arnstein 1967: 217)

Arnstein geht in ihrem Partizipationsmodell noch einen Schritt weiter als Selle, indem sie dem Bürger die vollkommene Entscheidungskompetenz zuschreibt. Auf den Planungsprozess bezogen, würde dies die Verlagerung von Macht zu Gunsten der von der Planung Betroffenen bedeuten. (vgl. Hollihn 1978: 29)

2.4. Herausforderungen in Partizipationsprozessen

Beteiligungsprozesse müssen auch kritisch betrachtet werden. Dies wird deutlich, wenn man sich näher mit Machtstrukturen- und asymmetrien in Beteiligungsverfahren beschäftigt. Durch diese können sich nämlich bestehende Machtverhältnisse zementieren und Entscheidungen zu Gunsten der sowieso Mächtigen getroffen werden. Angela Oels beschreibt dies in einem Beitrag in dem Werk „Partizipation und Nachhaltigkeit“ an Hand einer Zukunftskonferenz von Arbeitnehmern und Arbeitgebern zu dem Thema verschleißbedingter Arbeitsunfähigkeit. „Zu Beginn der Konferenz dominierte der Ausbeutungsdiskurs - bis zu 90 % der Beiträge vermuteten einen Interessenkonflikt und forderten einen besseren Schutz der Arbeitnehmer.“ (Oels 2007: 39) Der Ausbeutungsdiskurs sah in dem globalen Wirtschaftsdruck den Grund dafür, dass Arbeitgeber Arbeitnehmer der Gefahr von Arbeitsunfällen aussetzen. Der zweite Diskurs war weniger konfliktträchtig, da dieser die Meinung vertrat, dass nicht nur Arbeitnehmer, sondern auch Arbeitgeber vom Vorbeugen gegenüber verschleißbedingter Arbeitsunfähigkeit profitieren würden. Da die Konferenz ein Konsensprozess war, bei dem alle Streitpunkte von der Agenda genommen wurden, konnten sich die konfliktträchtigen Themen wie besserer Schutz der Arbeitnehmer nicht durchsetzen. Die Arbeitgeber konnten auf Grund ihrer Macht, die sich unter anderem in ihrer Rolle des Geld- und Beschäftigungsgebers manifestiert, ihre Interessen durchsetzen. Die Konferenz endete mit dem Ergebnis, dass allein weiche Maßnahmen verabschiedet wurden, wie Aufklärung zur Vermeidung von Arbeitsunfällen.

Auch das Leitbild der nachhaltigen Entwicklung setzt ebenfalls auf Konsensbildung und nicht auf Konfrontation. Das hat zur Folge, dass Entscheidungen oft von dem guten Willen der Teilnehmenden abhängig sind und steht im Gegensatz zur Annahme, dass „die Förderung

einer nachhaltigen Entwicklung, die Definition des Begriffs der Nachhaltigkeit sowie die Umsetzung nachhaltiger Ziele“ nicht durch Konsensprozesse stattfinden, sondern Ergebnis der Durchsetzungsfähigkeit von bestimmten Interessen gegenüber anderen sind. (vgl. Jonuschat et al. 2007: 52) „Eine Konfrontationsstrategie könnte darüber hinaus für die Kommunikation eher unpopulärer Aspekte des Leitbilds der Nachhaltigkeit wie Selbstbeschränkung, langfristiges Denken, Wahrnehmung von Grenzen etc. förderlich sein.“ (Jonuschat et al. 2007: 69)

Nach Michel Foucault und seinem konstitutiven Machtmodell tragen Beteiligungsprozesse nicht nur dazu bei dominante Diskurse zu ersetzen oder anders zu verteilen. Sie selbst haben den Mechanismus, dass sie gesellschaftliche Diskurse beeinflussen und bemächtigen, weil sie auf die Verteilung der Diskurse bzw. deren Position in der Gesellschaft Einfluss nehmen. Es ist also wichtig im Auge zu behalten, dass auch in Beteiligungsprozessen, die den Anschein pflegen eine möglichst breite Beteiligung zu ermöglichen, die realen Möglichkeiten der Beteiligung beschränkt sind durch Machtasymmetrien. Macht wird auch von Personen ausgeübt, um bewusst Entscheidungen von anderen zu erzwingen. Eine andere Form der Machtausübung wäre bestimmte Themen erst gar nicht auf die Agenda zu setzen und zur Diskussion zu stellen. Ein weiterer Aspekt, der weitaus schwieriger zu identifizieren ist, ist die Machtausübung einer Person über eine andere, wenn diese erste Person die „vermeintlichen“ Interessen der anderen Person bestimmt, so dass ihr wirkliches Interesse verdeckt bleibt. (vgl. Oels 2007: 32) Es ist also wichtig sich Machtstrukturen in Beteiligungsprozessen bewusst zu machen. Das Konsensprinzip, welches vor allem in basisdemokratisch organisierten Institutionen oder Organisationen verwendet wird, weist wie oben beschrieben Mängel auf und kann dazu führen Machtstrukturen zu verfestigen. Das Ausmaß der Teilnahme ist kein hinreichender Indikator für einen gelungenen Beteiligungsprozess. Weiter hat jeder Beteiligungsprozess und die darin verwendeten Methoden die Tendenz selektiv zu sein, bezüglich Ressourcen, Alter oder Geschlecht. „Oft läuft Beteiligung auf die Privilegierung von ohnehin Privilegierten hinaus und verstärkt soziale und politische Ungleichheiten.“ (Olk/Roth 2007: 21)

3. Vorstellung der Transition-Town-Bewegung und der Initiativen Bielefeld und Witzenhausen

3.1. Transition-Town Bewegung

Die Transition-Town Bewegung (TT-Bewegung) erwächst 2005 in Kinsale in Irland aus einem Studentenprojekt, welches von Rob Hopkins, Dozent für Permakultur und heute mit die treibende Kraft der Bewegung, betreut wird. Die Studenten entwerfen einen Energiewende-Aktionsplan für ihre Stadt. Ein Energiewende-Aktionsplan ist nach Hopkins ein Dokument, welches „die Vision einer resilienten, relokalierten Zukunft mit heruntergefahrenem Energiebedarf“ für eine Gemeinde, ein Dorf, eine Insel und so weiter entwirft und gleichzeitig zurück blendet und „die Landkarte, anhand derer man Schritt für Schritt vom gegenwärtigen Status quo dorthin gelangt“ zeichnet. (vgl. Hopkins 2008: 171) Die erfolgreiche Zusammenarbeit mit der Stadtverwaltung im Falle von Kinsale führte daraufhin zu der Gründung weiterer Initiativen in England, die dem Vorbild aus Kinsale folgten. Auf der zentralen Internetseite der Bewegung www.transitionnetwork.org sind heute 313 weltweit offiziell anerkannte Initiativen verzeichnet. Die in Deutschland offiziell anerkannten Initiativen sind in Berlin, Bielefeld und Witzenhausen aktiv. Die zahlreichen lokalen Initiativen bilden eine globale Bewegung, die sich Transition-Town Bewegung nennt, zu Deutsch Energiewende-Bewegung. Sie zählt zu der sich auf kommunaler Ebene derzeit am schnellsten verbreitenden Bürgerinitiative. (vgl. Hopkins 2008: 133) Das Engagement der Bewegung beruht auf der Erkenntnis, dass auf Grund von Peak Oil und Klimawandel das Ende des Ölzeitalters bevorsteht und dass deshalb ein Wandel in allen möglichen Lebensbereichen stattfinden wird. Dieser Herausforderung möchten sie sich durch die Gründung lokal angesiedelter Initiativen stellen. Dabei geht es darum zu schauen, was an Initiative vor Ort schon vorhanden ist, zum Beispiel die energiepolitischen Pläne der Stadt zu berücksichtigen. Die Kontaktaufnahme zu und Unterstützung der Initiative durch Kommunalpolitiker wird immer wieder betont. Es geht darum stabile Gemeinwesen zu schaffen, die äußeren Erschütterungen, wie Engpässen in der Energieversorgung, entspannt entgegen treten können, weil sie die nötigen Vorkehrungen getroffen haben, um weiter zu funktionieren. Dieses Phänomen ist auch unter dem Begriff Resilienz bekannt, gemeint ist damit die Widerstands- und Anpassungsfähigkeit oder Elastizität eines Systems. (vgl. Hopkins 2008: 12) Dabei wollen die Initiativen nicht vorschreiben, welche Schritte zu unternehmen

sind, sondern „vielmehr als eine Art Katalysator den Prozess anregen und die Gemeinden ermutigen ihre eigenen Wege zu finden und zu gehen.“ (vgl. Hopkins 2008: 135)

Den Energiewende-Ansatz der Bewegung hat Hopkins in seinem Werk „Energiewende, das Handbuch – Anleitung für zukunftsfähige Lebensweisen“ an Hand von mehreren Prinzipien beschrieben. Neben der Resilienz versuchen die Initiativen positive Zukunftsvisionen für ihr Umfeld zu entwerfen, in Unabhängigkeit von fossilen Rohstoffen als Energieträger und Materialgrundlage, wie zum Beispiel für Plastik. „Inherent within the twin challenges of peak oil and climate change is an extraordinary opportunity to reinvent, rethink and rebuild the world around us.“ (Hopkins 2008: 44) Sie sollen ein klar umrissenes, verlockendes Bild vom anzustrebenden Ziel entwerfen. Die Arbeit in den Gemeinden sollte möglichst alle Gemeindemitglieder integrieren, denn die Vorstellung wir könnten unabhängig von der Gemeinschaft existieren, ist nach Hopkins ein zweifelhafter Luxus der Ära des billigen Öls. Zu oft haben Projekte, die alternative Wege aufweisen, die Angewohnheit sich von der breiten Gesellschaft abzugrenzen, so dass wichtiges Wissen in alternativen Kreisen verweilt. In diesem Fall soll der Schwerpunkt auf Dialog und Miteinander liegen. „Wir dürfen kein Wissen voraussetzen und müssen unseren Standpunkt so klar, verständlich und ansprechend wie möglich erklären [...]“. (Hopkins 2008: 141) Zu den ersten Schritten der Gründung einer Initiative zählt deshalb Bewusstsein schaffen in der Gemeinde für den Zusammenhang zwischen Klimawandel und Ölverbrauch und das daraus resultierende Ende des Ölzeitalters zum Beispiel durch Informationsveranstaltungen. Das neue Bewusstsein kann ein Gefühl der Machtlosigkeit zur Folge haben, das zu Lähmung bzw. zu bestimmten Abwehrmechanismen führt und das Engagement der Gemeindemitglieder im Keim erstickt. (vgl. Hopkins 2008: 168) Deshalb wird empfohlen den Raum zur Verfügung zu stellen, indem Gehörtes ausgetauscht, verarbeitet und mögliche Ängste artikuliert werden können. Die Transition-Town Bewegung bedient sich hier den Erkenntnissen aus der Suchtbehandlung, da sie in der aktuellen Situation unserer Gesellschaft ebenfalls ein gewisses Suchtverhalten gegenüber dem Verbrauch von Öl erkennt. Nach dem transtheoretischen Modell mit seinen Stadien der Verhaltensänderung von Carlo DiClemente und James Prochaska aus den 1980er Jahren können mit der motivierenden Gesprächsführung, in der Ängste und Vorbehalte artikuliert werden, Abwehrmechanismen gegen Verhaltensänderungen so frühzeitig aufgedeckt und dann gegen sie vorgegangen werden. Aus Ängsten sollen Hoffnungen werden, aus denen der

Süchtige seine Motivation schöpft aktiv zu werden und Verhaltensänderungen wirklich zu wollen. (vgl. Hopkins 2008: 90)

Das Ziel ist es lokal zu agieren, mit den Ressourcen die vorhanden sind, im materiellen Sinn, wie zum Beispiel Rohstoffen, aber auch bezüglich der Fähigkeiten, die ein jeder mitbringt, wie das Beherrschen von traditionellem Handwerk. Es braucht keine Promotion in nachhaltiger Entwicklung oder jahrelange Erfahrung mit ökologischem Gartenbau, um sich dieser Bewegung anzuschließen oder selber eine Initiative zu gründen, sondern die Notwendigkeit zu handeln zu sehen und die Offenheit für neue Wege der Kooperation mit anderen. (vgl. Hopkins 2008: 147) Unter dem Motto „Vom Schaf zum Pullover“ haben sich durch die TT-Initiative Witzenhausen zum Beispiel eine lokale Schäferin und eine Frau, die das Spinnen beherrscht, kennengelernt. Sie denken nun über eine Zusammenarbeit nach, um Pullover in einer Manufaktur lokal herzustellen. Das Ziel ist es, dass die einzelnen Arbeitsgruppen, die zu übergeordneten Themen wie Ernährung, Mobilität oder Energie arbeiten, positive Visionen für ihr spezifisches Thema entwickeln, um darauf aufbauend konkrete Schritte für den Energiewende-Aktionsplan zu formulieren.

Die Initiativen wollen gemeinsam einen Beitrag dazu leisten den Wandel, wie ihn auch Joanna Macy umfassender in ihrem Buch „Die Reise ins lebendige Leben. Strategien zum Aufbau einer zukunftsfähigen Welt.“ beschreibt, zu vollziehen. Frank, der die Koordination der einzelnen Arbeitsgruppen in Witzenhausen übernommen hat und gleichzeitig Ansprechpartner für die Arbeitsgruppe „Ressourcentauschbörse“ ist, zitiert Macy am 23.04.2010 auf dem Blog der Initiative mit folgenden Worten: „Wir sind zugleich Sterbebegleiter für eine endende Kultur und Hebammen für eine neue langfristig lebenserhaltende Welt. Beides findet zur gleichen Zeit statt. Wir sind mittendrin und können Einfluss nehmen, wie sich dieser Übergang vollzieht. Lasst uns gemeinsam dem Wandel Kraft geben.“ (<http://ttwizenhausen.wordpress.com/>, Stand: 17.05.2010) Gemeint ist also ein gesamtgesellschaftlich umfassender Wandel, der mit vereinten Kräften gestaltet werden soll.

3.1.1. Gründung einer Initiative

Hopkins hat aus seinen Erfahrungen mit der Gründung der Initiative in Totnes Anregungen in Form eines Leitfadens zusammengetragen, auf den im Folgenden kurz eingegangen werden

soll. Der Leitfaden hat keinerlei Vorschriftencharakter, sondern ist als Hilfestellung zur Initiativengründung gedacht. Den Initiativen ist freigestellt, ob und welche dieser Anregungen sie sich bei der Gründung zu Nutzen machen.

Um einen Anfang zu finden, braucht es eine kleine engagierte Gruppe, die Gründungsgruppe. Sie treibt die Initiativengründung zunächst voran, dabei ist ihre eigene Auflösung von Anfang an mit eingeplant. Sobald sich vier thematische Untergruppen herausgebildet haben, werden die Mitglieder der Gründungsgruppe durch Vertreter aus den einzelnen Gruppen ausgewechselt. Darauf folgt der Schritt der Bewusstseinsbildung durch Informationsveranstaltungen, um den Nährboden für weiteres Engagement zu schaffen, ohne dabei Weltuntergangsszenarien zu zeichnen. Diese Veranstaltungen sollen auch dazu genutzt werden, um mögliche Mitstreiter zu werben. Sie können auch in Zusammenarbeit mit der Stadt oder anderen Initiativen durchgeführt werden. Eine frühzeitige Kontaktaufnahme ist zu empfehlen, um die Basis für künftige Zusammenarbeit zu schaffen. Ist das Bewusstsein da und die Gemeinde ist auf die Initiative aufmerksam geworden, kann eine öffentliche Veranstaltung für den offiziellen Startschuss stattfinden. Der nächste Schritt ist die Gruppenbildung zu fördern. Dazu können gezielt Veranstaltungen zu Themen organisiert werden, zum Beispiel in Form einer Open-Space-Veranstaltung, aus denen sich evtl. Arbeitsgruppen bilden. In Totnes wurden Richtlinien für Gruppen formuliert zu denen unter anderem gehört, dass z.B. jeder willkommen ist, Menschen zum Mitmachen aktiviert werden sollen und Aktivitäten auf der Website zu dokumentieren. Es wird nahe gelegt Workshops zu Techniken der guten Gruppenführung zu veranstalten. In dem Leitfaden zur Gründung einer Initiative, dem „Transition Initiative Primer“, wird Führung folgendermaßen definiert: „Leadership doesn't have to be about power over a group, it is about making a group feel empowered.“ (Brangwyn/Hopkins 2008: 34) Ermächtigen bedeutet in diesem Sinne Andere zu inspirieren, sie ermutigen Initiative zu ergreifen und der Gruppe dabei zu helfen, ihren Weg zu finden. Wichtig ist, dass die Leute das Gefühl entwickeln, gehört zu werden, dass sie konstruktiv kritisiert werden und auf Entscheidungen Einfluss nehmen können.

Das Ziel ist der Energiewende-Aktionsplan. Dieses Ziel kann jedoch in weiter Ferne liegen. Deshalb ist es sinnvoll von Anfang an öffentlichkeitswirksame Aktionen, wie das Anlegen von

Gemeinschaftsgärten oder die Einführung eines Regionalgeldes, durchzuführen, um Menschen der Gemeinde zu überzeugen und die Motivation zu fördern. Für die Arbeit in der Initiative kann es bereichernd sein auf vorhandenes Wissen und Fertigkeiten in der Gemeinde zurückzugreifen, zum Beispiel alte Kulturtechniken. Aus diesem Grund sollte auch besonders der Kontakt zu den älteren Generationen der Gemeinde gesucht werden, vor allem zu denjenigen, die den Übergang in das Erdölzeitalter in den Jahren 1930-1960 miterlebt haben und für die ein sparsamer Umgang mit Energie auf Grund von hohen Energiepreisen Normalität war. (vgl. Hopkins 2008: 169)

3.2. Transition-Town Initiative Witzenhausen

Die Transition-Town bzw. Energiewende-Initiative in Witzenhausen ist seit Ende Dezember 2009 von der englischen Gründerinitiative offiziell anerkannt. Im Januar desselben Jahres schloss sich dafür eine Gruppe von Leuten zusammen, die sich für eine zukunftsorientierte Entwicklung in ihrer Region einsetzen wollten. Sie beschäftigte sich vor allem mit dem „Begriff der Resilienz, also der Widerstandsfähigkeit unserer Region gegenüber äußeren Einflüssen“ und der Frage, „wie wir angesichts der Endlichkeit von Erdöl und den Herausforderungen des Klimawandels in Zukunft leben wollen.“ Um auf das Thema und ihre Initiative aufmerksam zu machen, wurden zu Beginn des Jahres drei Veranstaltungen jeweils unter dem Namen Kopf, Herz und Hand durchgeführt. (vgl. X: Z.10-11) Der erste Eintrag im Blog der Initiative macht die Motivation der ersten Monate sehr deutlich. Bei der Auftaktveranstaltung Anfang 2009 kamen 60 Interessierte, von denen 20 äußerten, dass sie bereit sind in Arbeitsgruppen aktiv zu werden. Auf der Website heißt es: „Die nächsten Schritte liegen auf der Hand: Kontaktaufnahme mit allen Menschen und Gruppen, die bereits heute in einem ökologisch und regional orientierten Bereich tätig sind, die Dokumentation und Vernetzung dieser Strukturen und die Entwicklung von ersten eigenständigen Projekten wie: Energie selbst gewinnen, regionale Versorgung mit Nahrungsmitteln, Vermarktung regionaler Produkte und Dienstleistungen.“ (<http://ttwizenhausen.wordpress.com/2009/05/>, Stand: 18.07.2010) In den Arbeitsgruppen sollten Visionen entwickelt, Vorschläge für den Umgang mit dieser Herausforderung erarbeitet und umgesetzt werden. (vgl. <http://ttwizenhausen.wordpress.com/category/auf-dem-weg-zur-offiziellen-transition-town/>, Stand: 18.07.2010) Der vorgestellte aktuelle

Arbeitsstand, auf dem Blog am 3. Juni 2009 veröffentlicht, dass Projekte in verschiedenen Arbeitsgruppen angedacht sind, zum Beispiel die Arbeitsgruppe „Stadtgärten“, die brachliegende Flächen in der Stadt zum Gemüse- und Obstanbau nutzen will und dafür Aktive sucht. Oder die Arbeitsgruppe „Energie und regionales Handeln“, die regenerative Energien in Witzenhausen noch weiter verbreiten wollen und dazu die Bereitschaft der Wohnungsgesellschaften erfragen will, Solaranlagen auf den Dächern ihrer Gebäude zu installieren. (vgl. <http://ttwitzhausen.wordpress.com/2009/06/>, Stand: 18.07.2010) Im Herbst 2009 startet die Initiative in neuer Konstellation einen Neuanfang. Die Umsetzung der Projekte lief zu dem Zeitpunkt nur schleppend. „Da haben wir am Ende ganz viele schöne Papiere gehabt und wir haben jede Menge Flipcharts bedeckt und wir haben geclustert und so weiter, aber die Energie der Gruppe war weg.“ (X, Z.78-80) Mit der Veranstaltung „Auf dem Weg zur Transition Town“ im Januar 2010 im Kulturkeller des Rathauses werden alle Interessierten, die sich über die Initiative informieren wollten und Lust an der Umsetzung konkreter Projekte haben, eingeladen. Die Zahl der Aktiven beläuft sich zurzeit auf ungefähr zwölf, wobei die Fluktuation sehr stark ist. Die Mehrheit der Aktiven bilden zurzeit Einheimische, die ihre Zukunft in Witzenhausen sehen, Studenten und Alternative. Der E-Mail Verteiler umfasst um die tausend Empfänger, wobei den Großteil der Empfänger Studenten ausmachen. (vgl. XY, X, Z.150-152) Die Struktur der Initiative besteht aus den einzelnen Arbeitsgruppen und der Lenkungsgruppe, die dafür zuständig ist allgemeine Treffen vorzubereiten, Informationen weiterzugeben, Öffentlichkeitsarbeit zu leisten. Sie ist somit vergleichbar mit der Initiativgruppe in Bielefeld, die in 3.2. genannt wird. In Abständen finden allgemeine Treffen für alle Interessierten statt, auf denen auch gemeinsam Entscheidungen getroffen werden. (vgl. X, Z.538) Im April 2010 sind sechs Arbeitsgruppen mit Ansprechpartner auf der Website verzeichnet, die anlaufen, darunter „Garten teilen“ und „Energetische Gebäudesanierung“. (vgl. <http://ttwitzhausen.wordpress.com/2010/04/>, Stand: 18.07.2010). Erst vor kurzem hat die Initiative einen Garten mit einer Fläche von 2000 Quadratmetern von der Stadt mitten in der Stadt bekommen. Diese Fläche soll nun nach Permakulturkriterien in Zusammenarbeit mit den angrenzenden Schulen gestaltet werden. (vgl. X, Z.786-788)

3.3. Transition-Town Initiative Bielefeld

Die Energiewende-Initiative in Bielefeld möchte den Übergang in das erdölfreie Zeitalter und die Energie- und Kulturwende, die sie damit verbunden sieht, mit ihrer Initiative mitgestalten. Die Lösung sieht sie dabei in „stärkerer Regionalisierung und Stärkung der Widerstandskraft (Resilienz) der Gemeinden gegenüber globalen Veränderungen (Rohstoffversorgung, Nahrungsmittelproduktion, Transportwege, Freizeitverhalten).“ (<http://ttbielefeld.wordpress.com/was-ist-transition-town/>, Stand: 23.07.2010) Die Initiative wird Mitte des Jahres 2009 von einer Gruppe von fünf/ sechs Leuten gegründet, unter ihnen ein Chemiker, eine Heilpraktikerin und der Besitzer einer Werbeagentur. (vgl. Y, Z.15) Die ersten Treffen finden im privaten Kreis statt. Dann werden schnell erste öffentliche Vorträge zum Transition-Town Konzept veranstaltet. Diese Veranstaltungen führen dazu, dass sich erste Arbeitsgruppen herausbilden. Mittlerweile sind 25 bis 30 Leute kontinuierlich aktiv und ungefähr 300 Menschen werden durch den E-Mail Verteiler über das Geschehen in der Initiative auf dem Laufenden gehalten. (vgl. Y, Z.94-95) Die derzeitige Struktur der Initiative gliedert sich in die Initiativgruppe, welche zuständig ist für Öffentlichkeitsarbeit, Organisation von Veranstaltungen, die Betreuung der Website, die Arbeitsgruppen untereinander zu verflechten. (vgl. Y, Z.309-310) Dann gibt es noch die einzelnen Arbeitsgruppen zu den verschiedenen Themen Energie, Gesundheit, Permakultur, Mobilität und Energie. Vertreter der Arbeitsgruppen und die Mitglieder der Initiativgruppe treffen sich in Abständen in der Kerngruppe, um inhaltliche Fragen zu klären, zu schauen, wo die Initiative gerade steht und Berichte aus den Arbeitsgruppen zu geben. Aktivitäten in den einzelnen Arbeitsgruppen erschließen sich teilweise aus dem Blog. Dort lädt zum Beispiel die Gruppe Mobilität zu einer Open-Space-Veranstaltung mit Fahrradkorso ein, um gemeinsam Ideen für die sichere, lebenswerte Nutzung der „Detmolder Straße“ zu entwickeln.

4. Methode

4.1. Bewertung von Partizipationsprozessen

Arnstein und Selle geben eine Vorstellung davon, wie unterschiedlich der Begriff Partizipation sich in der Praxis ausgestalten lässt. Um nun aber eine bewertende Untersuchung der Beteiligungsmöglichkeiten der Akteure der Transition-Town-Initiativen vornehmen zu können, werden konkrete Kriterien zur Evaluation von Partizipationsprozessen benötigt. Bei Selle spielen hierzu die Merkmale der Kooperation eine

Rolle. Aus dem Merkmal Konsensbereitschaft lassen sich zum Beispiel Kriterien wie die Ausgestaltung von Entscheidungsstrukturen oder Verhalten in Diskussionen und Aushandlungsprozessen ableiten. Das Merkmal Projektrealisierung stellt die Frage nach der Realisierung von Entscheidungsergebnissen, sowie der Zugang zu Informationen auch ein Hinweis auf nicht-hierarchische Strukturen sein kann. Aus dem Modell von Arnstein und ihrem Anspruch der Verlagerung von Entscheidungsmacht zu Gunsten breiter Bevölkerungsgruppen lässt sich zum Beispiel das Kriterium Beteiligung der breiten Öffentlichkeit ableiten, das die Beteiligung verschiedener sozialer Schichten und kultureller Bevölkerungsgruppen am Entscheidungsprozess zum Gegenstand der Untersuchung hat. Diese Kriterien sollen unterstützt und erweitert werden durch die Kriterien zur „guten Verfahrensorganisation“ von Linder und Vatter aus dem Jahre 1996, „die als Voraussetzung für die sinnvolle und erfolgreiche Gestaltung von Partizipationsverfahren betrachtet werden“ (Linder/Vatter 1996: 182) können. (vgl. Oppermann/Langer 2002: 96) Da es sich hierbei um Kriterien für Planungsprozesse handelt, wird im Folgenden versucht eine Verallgemeinerung vorzunehmen, um die Kriterien schließlich auf Beteiligungsmöglichkeiten in Bürgerinitiativen übertragen zu können. Die aus der Literatur erarbeiteten Kriterien sollen nun vorgestellt und auf ihrer Grundlage gleichzeitig Indikatoren zur Operationalisierung für die weitere Untersuchung abgeleitet werden.

Fairness

Fairness bedeutet, dass alle Akteure von Beginn an über die gleichen Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten verfügen und somit auf alle zu treffenden Entscheidungen gleichermaßen Einfluss nehmen können. (vgl. Linder/Vatter 1996: 182) Das gilt auch für die Festlegung von Entscheidungs- und Verfahrensregeln, die bei Abstimmungen und dem Umgang mit Konflikten greifen. Sie sollten gleich zu Beginn im Konsensverfahren bestimmt werden, damit auch alle diese für das weitere Verfahren akzeptieren. (vgl. Linder/Vatter 1996: 185) Die Berücksichtigung dieses Kriteriums führt dazu, dass eine Atmosphäre des Vertrauens entsteht, sowohl was den Umgang der Akteure miteinander betrifft, als auch bezogen auf die Ergebnisse des Entscheidungsprozesses. Indikatoren für dieses Kriterium sind Maßnahmen die Informations- und Mitwirkungsmöglichkeiten für alle Akteure von Beginn an ermöglichen, sowie der Ablauf von Entscheidungsverfahren im Alltag der

Initiative, aber auch der Umfang der Themen, die für gemeinsame Beschlüsse zur Option gestellt werden.

Transparenz

Bei Transparenz geht es darum, dass Entscheidungsprozesse, aber auch alle anderen Informationen, die das Verfahren betreffen, wie zum Beispiel die einzelnen Interessen und Werte der Akteure, aber auch Organisation und Zuständigkeiten, sowohl für die Akteure, als auch für Nicht-Beteiligte frühzeitig nachvollziehbar gemacht werden. (vgl. Selle 1996: 164) Erst dadurch können Anregungen und Kritik formuliert werden, die den Beteiligungsprozess und die Organisation des Verfahrens verbessern und die Akzeptanz von Ergebnissen auch in der Gesellschaft verankern. Dazu muss aber auch eine angemessene Aufbereitung von Informationen, die das Verfahren betreffen, stattfinden, die Inhalte auch für den Laien verständlich machen. (vgl. Linder/Vatter 1996: 184) Die Indikatoren sind Wege, über die Informationen, die das aktuelle Geschehen in der Initiative betreffen, Akteuren und Außenstehenden zur Verfügung gestellt werden. Aber auch der Umfang an Informationen und die Kriterien, die gelten, wenn Material aufbereitet wird. Hier sind besonders die Maßnahmen zu betrachten, die Entscheidungsprozesse nachvollziehbar machen.

Kompetenz

Kompetenz meint die Fähigkeit der Akteure Entscheidungen „nach besten Stand des Wissens“ (Linder/Vatter 1996: 186) zu treffen. Dazu gehört das Wissen zu Möglichkeiten der Einflussnahme und Informationsbeschaffung, aber auch das nötige Hintergrundwissen, um die behandelte Problematik überhaupt erfassen zu können. Denn unzureichende Aufgeklärtheit kann zu Entscheidungen führen, die im schlimmsten Fall hohe Folgekosten verursachen, weil Probleme entstehen, die nachträglich gelöst werden müssen und Zeit, Geduld, Motivation und Geld aufbrauchen. Um diesem Phänomen entgegenzuwirken, sollte von Anfang an dafür gesorgt werden Informationslücken zu schließen und fehlendes Sachwissen frühzeitig zu vermitteln, um eine kompetente Beteiligung zu ermöglichen. Das Schließen von Informationslücken bezüglich der Strukturen der Initiative wird schon in der Kategorie Transparenz durch die Indikatoren Wege und Umfang der Informationsvermittlung zu aktuellem Geschehen und Entscheidungsprozessen in der Initiative abgedeckt. Als

Indikatoren gelten in dieser Kategorie deshalb Maßnahmen, die eine gleiche Wissensbasis zu den zentralen Thematiken, aber auch zum Umgang mit den von der Initiative zur Kommunikation verwendeten Medien schaffen. Ein weiterer Indikator sind Möglichkeiten für die Akteure Wissenslücken zu schließen.

Lernchancen

Dieses Kriterium ist vor allem an den von Selle genannten dialogischen Lernprozess angelehnt. Die Aktiven treten über ihre Interessen in einen Dialog, um zu einem Ergebnis zu gelangen. Dies fordert Kompromissbereitschaft, was bedeutet auch eigene Präferenzen hinten anzustellen oder ihre Erreichung mit anderen Mitteln zuzulassen. Gleichzeitig ist ein bestimmtes Maß an Empathie nötig, um die verschiedenen Hintergründe der Akteure nachvollziehen und andersartiges Wissen oder Handlungsformen respektieren zu können. Allgemein formuliert benötigt es die Bereitschaft der Akteure sich in einen Lernprozess zu begeben, der auch zur Folge haben kann, dass sich eigene Standpunkte verändern. Daraus ergibt sich eine offene Konfliktaustragung, welche „den Aufbau von Vertrauen, einen Grundkonsens trotz konflikthafter Interessenlage und die Bereitschaft zur Veränderung der eigenen Optionen“ (Linder/Vatter 1996: 184) voraussetzt. Die offene Konfliktaustragung dient in der Planung, wie auch schon oben angemerkt, auch dazu mögliche Folgekosten zu vermeiden. Aus der Kriteriendefinition ergeben sich Indikatoren, wie die Kommunikation von Interessen innerhalb der Initiative und nach außen, der persönliche Umgang der Aktiven miteinander, Dominanz von Sonderinteressen, Verhalten der einzelnen Akteure in Aushandlungsprozessen im Hinblick auf ihre Interessen. Weiter kann als Indikator auch der Umgang mit Konflikten und Meinungsverschiedenheiten gelten, als auch das Vorhandensein gemeinsamer oder divergierender Interessen.

Einbindung der Öffentlichkeit

Die Öffentlichkeit ist ein sehr heterogenes Gebilde, welches hier unterteilt werden soll in organisierte und nicht-organisierte Öffentlichkeit, in verschiedene soziale Schichten und kulturelle Bevölkerungsgruppen. Bei der organisierten Öffentlichkeit handelt es sich zum Beispiel um Verbände, die ihre Interessen gebündelt haben und als Kollektiv in Verhandlungen auftreten. Die nicht-organisierte Öffentlichkeit bezieht sich meist auf den

einzelnen Bürger, er hat es schwerer sich für seine Interessen in Verhandlungen Gehör zu verschaffen. In solchen Fällen, Linder und Vatter nennen hier als Beispiel Frauen, ältere Personen, Ausländer, ist es wichtig das Beteiligungsprozesse „gegen den Durchbruch harter Sonderinteressen immunisiert werden“ (Linder/Vatter 1996: 186) und wenn nötig nicht-organisierte Interessen durch geeignete Träger in Verhandlungen vertreten zu lassen. Die Teilnahmeform sollte nicht zu anspruchsvoll ausfallen, um sozial tieferen Schichten und verschiedenen kulturellen Bevölkerungsgruppen den Zugang zu Beteiligungsprozessen zu ermöglichen. Als Hürde gilt hier neben der Artikulation von Interessen, unter anderem eine hohe Informationsverarbeitung. Eine andere Möglichkeit ist nicht nur die Anforderungen der Teilnahmeform zu verringern, sondern auch mit ungleichen Beteiligungsangeboten auf die Ungleichheit der Beteiligten zu reagieren. (vgl. Selle 1996: 163) Weiter spielt die Vielseitigkeit der Medien, um die breite Öffentlichkeit auf ihre Teilnahmemöglichkeiten aufmerksam zu machen eine Rolle. Das Internet wird als Kommunikationsmittel immer wichtiger. Hier werden jedoch diejenigen vom Prozess ausgeschlossen, die keinen Zugang zum Internet haben bzw. den Umgang mit dem Internet nie erlernt haben, was zum Beispiel auf ältere Menschen zutreffen kann. Dieser Aspekt wird teilweise in der Kategorie Transparenz schon aufgegriffen, wo die Wege der Informationsvermittlung thematisiert werden. Dieser Aspekt soll auf Grund seiner Problematik trotzdem hier noch einmal erwähnt sein. Auch wichtig für die Teilnahme an Partizipationsprozessen ist die eigene Motivation, die sich aus der Zufriedenheit mit dem Verfahren ergibt. Voraussetzung hierfür ist das Gefühl der Aktiven, dass ihre Bedürfnisse im Beteiligungsprozess berücksichtigt und die Ergebnisse des Verfahrens realisiert werden. Aber auch die Rücksichtnahme auf beschränkte Zeit- und Mittelressourcen und somit die Berücksichtigung der Lebensumstände der Aktiven im Verfahren können Unzufriedenheit vermeiden. (vgl. Linder/Vatter 1996: 187) Da zukünftige Generationen ihre Interessen zeitnah nicht vertreten können, muss hier besonders auf die Wahrung ihrer Rechte in Verhandlungen geachtet werden. Indikator kann die aktuelle personelle Zusammensetzung der Initiative sein, die gezielte Ansprache von unterschiedlichen sozialen Schichten und kulturellen Bevölkerungsgruppen und Teilnahmemöglichkeiten für Interessierte. Außerdem sind die Zusammenarbeit mit der organisierten Öffentlichkeit, das Engagement vorhandenen Hindernissen zur Beteiligung

entgegenzuwirken sowie die Durchführbarkeit und Umsetzung der Entscheidungsergebnisse von Bedeutung.

4.2. Interviewform und Erstellung des Interviewleitfadens

Um die nötigen Informationen zur Beantwortung der Ausgangsfragestellung generieren zu können, lag es nahe jemanden zu befragen, der mit den Strukturen der Initiative vertraut ist, vielleicht auch teilweise an ihnen mitgewirkt hat und der das aktuelle Geschehen um die Initiative und ihre Entwicklungen verfolgt. Damit handelt es sich um eine Person, die über ein bereichsspezifisches Wissen verfügt, welches diese sich über einen längeren Zeitraum angeeignet hat. Damit trifft die Beschreibung des Interviewten auf die Definition eines Experten nach Mieg und Näf zu. Bei der Interviewform handelt es sich also um ein Experteninterview. (vgl. Mieg/Näf 2005: 7)

Die Kriterien zur Evaluation von Partizipationsprozessen dienen dem Interviewleitfaden als Struktur. Für die Auswertung, auf die in 4.3. eingegangen wird, dienten sie gleichzeitig als Kategorien für die Textauszüge. Die Indikatoren, die ebenfalls bereits in 4.1. vorgestellt wurden, werden sowohl für die Auswertung verwendet, als auch für den Interviewleitfaden in Fragen umformuliert.

4.3. Auswertung der Interviews

Im Folgenden sollen nun die geführten Interviews an Hand der qualitativen Inhaltsanalyse von Mayring ausgewertet werden. Dabei wird nach dem allgemein inhaltsanalytischen Ablaufmodell (Mayring, S. 8) vorgegangen. Dazu wird zu Beginn das Ausgangsmaterial näher bestimmt bezüglich Umfang, Entstehungssituation und den formalen Charakteristika. Dann wird die Richtung der Analyse festgelegt, indem bestimmt wird, worüber Aussagen auf Basis des Texts gemacht werden sollen. Weiter soll die Fragestellung der Analyse geklärt werden, unter der das vorliegende Material betrachtet wurde, und ihre Nähe zur bisherigen Forschung erläutert werden.

Bestimmung des Ausgangsmaterials

Die zwei vorliegenden Interviews spielen eine wesentliche Rolle für diese Arbeit. Sie bilden das grundlegende Material, um Aussagen bezüglich der Beteiligungsmöglichkeiten für die jeweilige Initiative in Witzenhausen und Bielefeld treffen zu können. Da sich das Interview

sehr stark an dem Interviewleitfaden orientiert, der sich in die einzelnen vorher festgelegten Kategorien und den dazu aus den Indikatoren (siehe 4.1.) abgeleiteten Fragen gliedert, ist das gesamte Interview für die Auswertung relevant.

Die Interviews fanden in den jeweiligen Städten der Initiativen statt. Im Falle von Witzenhausen trafen sich alle am Interview Beteiligten in den Räumlichkeiten des Rathauses, die der Initiative einmal in der Woche zur Sprechstunde für das von ihr initiierte Regionalgeld, die Kirschblüte, zur Verfügung gestellt werden. Die Sprechstunde wird von den Nutzern des Regionalgeldes wahrgenommen, um Euroscheine in Kirschblüten zu wechseln. Das Interview wurde durch die Arbeit eines Filmteams unterbrochen, konnte dann aber nach kurzer Zeit weitergeführt werden. Die Interviewten waren zwei der Gründungsmitglieder der Initiative. Sie sind im Transkript des Interviews mit den Buchstaben X und XY kenntlich gemacht. Y ist seit der ersten Gründung dabei, XY ist von Beginn des zweiten Startversuches an aktiv dabei. Der Wunsch, dass beide Initiativenmitglieder an dem Interview teilnehmen, wurde von den Interviewpartnern geäußert. In Bielefeld hat das Interview im Garten des Wohnhauses von dem Interviewten stattgefunden, der im Transkript mit dem Buchstaben Y kenntlich gemacht ist. Auch Y ist Mitinitiator der Initiative und somit von Beginn an dabei.

Die Interviews sind halb-strukturiert, das bedeutet, dass der Interviewer einen Leitfaden mit Fragen hat, „deren konkrete Formulierung und Reihenfolge er jedoch variieren kann“ (Mayring 2007: 48) Die Fragen im Interviewleitfaden wurden direkt formuliert, da sie jeweils das zentrale Thema des Indikators aufgreifen und Antworten zu diesem Thema generieren sollten. (vgl. Mieg/Näf 2005: 15)

Die Interviews wurden auf Tonband aufgenommen und dann transkribiert. Bei der Transkription wurde auf wortwörtliche Transkription geachtet, Wiederholungen wurden jedoch ausgelassen. Wenn ein Satz nicht vollständig zu Ende gesprochen wurde, ist dies im Interview mit drei Punkten (...) gekennzeichnet. Dabei steht der Inhalt im Vordergrund, weshalb Laute oder Pausen bei der Transkription nicht beachtet wurden. Wenn das Gespräch und somit die Aufnahme unterbrochen wurde, ist dies im Transkript durch das Zeichen [...] deutlich gemacht. Bei den farblichen Markierungen im Transkript handelt es sich um die extrahierten Textauszüge. Um diese in der Auswertungstabelle leichter wiederfinden zu können, wurden die Kategorien hier ebenfalls entsprechend farblich markiert.

Fragestellung der Analyse

Das Interview soll die Interviewten dazu anregen die Organisation der Initiative bezüglich ihrer Strukturen und ihrer internen und externen Kommunikation und den Umgang der Aktiven untereinander zu beschreiben. Dabei waren auch Entstehungsgeschichte und laufende Aktivitäten von Interesse. Die Interviews sollten dann Aufschluss darüber geben, zu welchem Maß und in welcher Form die Initiativen die Kriterien erfüllen, die für Partizipationsprozesse gelten.

Die Kriterien für Planungsprozesse, welche die Struktur des Interviews maßgeblich prägen, stammen aus der Planungsliteratur. (siehe S.10) Interessant ist, ob sich durch das Interview weitere Kriterien auf tun, da es sich bei dem Beteiligungsprozess der Initiative nicht um ein von staatlicher Seite vorgegebenes Verfahren handelt und somit die Kriterien, die aus der Planung kommen, gegebenenfalls erweitert werden müssen oder vielleicht bestimmte Kriterien auf Grund anderer Voraussetzungen auch an Bedeutung verlieren.

Für die Analyse wurde die inhaltliche Strukturierung auf das vorliegende Material angewendet, die darauf abzielt „bestimmte Themen, Inhalte, Aspekte aus dem Material herauszufiltern und zusammenzufassen.“ (Mayring 2007: 89) Dafür wurden mit Hilfe des vorher entworfenen Kategoriensystems der auch schon dazu verwendet wurde den Interviewleitfaden zu erstellen, alle Textbestandteile, die durch die aus den Kategorien abgeleiteten Indikatoren angesprochen werden, extrahiert und nach den Regeln der Zusammenfassung nach Mayring zuerst paraphrasiert und dann generalisiert. (vgl. Mayring 2007: 61) Am Ende wurden die Ergebnisse für die einzelnen Kategorien zusammengefasst.

5. Vorstellung der Interviewergebnisse

5.1. Bielefeld

Einbindung der Öffentlichkeit

Die Energiewende-Initiative in Bielefeld versucht seit Beginn mit Hilfe von Informationsveranstaltungen auf die Initiative, ihr Konzept und die Themen, mit denen sie sich beschäftigt, aufmerksam zu machen. Einer der ersten Info-Abende, angekündigt auf

dem Blog am 14.07.2009, verspricht über die Zusammenhänge von Klimawandel, Peak Oil und Transition-Town Konzept zu informieren. Weiter soll der derzeitige Stand der Initiative und Möglichkeiten zur Mitwirkung aufgezeigt werden. Seit dem wurden in Abständen von zwei Monaten sechs weitere dieser Infoveranstaltungen durchgeführt. (vgl. <http://ttbielefeld.wordpress.com/aktuelle-terme/>, Stand: 18.07.2010) Diese Veranstaltungen führten dazu, dass die Initiative neue Aktive gewinnen konnte. Nach Y wird eine Beteiligung der breiten Öffentlichkeit angestrebt. „Es ist natürlich wünschenswert, dass es möglichst viele unterschiedliche Gruppen, [...], auch anspricht. Aber da sind wir nach meinem Gefühl noch relativ am Anfang.“ (Y, Z.112-113) Zumindest die Gründungsgruppe gibt den Anschein sich aus Menschen mit den verschiedensten Hintergründen zusammensetzen, dort sind zum Beispiel ein Chemiker, eine Heilpraktikerin und ein Besitzer einer Werbeagentur vertreten. (vgl. Y, Z.33-34) Als Hindernis dafür, dass die Einbindung der breiten Öffentlichkeit noch ganz am Anfang steht, nennt Y Zeit- und Personalmangel. Diese beiden Faktoren verhindern, dass die Initiative noch aktiver wird und höheren Bekanntheitsgrad erlangt. Zumindest dem Zeitmangel wird versucht durch Umgestaltung der Website, die mehr direkte Interaktion zwischen den Arbeitsgruppen ermöglichen soll und somit eine effizientere Kommunikation, entgegenzuwirken. Dies geschah bisher immer über die Initiativgruppe. (vgl. Y, Z.216-217) Zurzeit findet keine gezielte Ansprache unterschiedlicher sozialer Schichten und kultureller Bevölkerungsgruppen statt, auch wenn in Zukunft beabsichtigt ist diese noch stärker zu erreichen. (vgl. Y, Z.120) Zu der organisierten Öffentlichkeit in der Stadt wurde bereits Kontakt aufgenommen und erste gemeinsame Veranstaltungen organisiert. Bei dem ersten groß angelegten Transition-Town Bielefeld Treffen am 07.11.2009 ist eine Einheit zur gemeinsamen Planung von Aktionen zum Anlass der Klimakonferenz in Kopenhagen mit den Initiativen BUND, ATTAC, Avaaz, 350 vorgesehen gewesen. Den Kontakt zur Stadt gab es relativ früh. „Zu der Stadt hat es von Anfang an gute Kontakte gegeben, weil die sich sofort bei uns gemeldet haben und die das sehr spannend fanden.“ (Y, Z.197-198) Die Initiative hat sich bei den Umweltamtsleitern in einem Vortrag vorgestellt und steht seit dem in Kontakt mit dem Umweltamt. Die Teilnahmeform für Interessierte ist eigentlich nicht anspruchsvoll. Alle können sich mit ihren Fähigkeiten und Ideen, die sich aus dem eigenen Lebensumfeld und den jeweiligen Hintergründen ergeben, einbringen. Es sind hierbei wenig Grenzen

gesetzt. Interessierte haben weiter die Möglichkeit sich bestehenden Arbeitsgruppen anzuschließen oder selber eine zu gründen. Für die Zukunft plant die Initiative mehr noch in die einzelnen Stadtteile zu gehen, um die Leute vor Ort zu erreichen. Zurzeit ist vor allem das Spektrum an den Leuten aus dem Viertel in der Initiative vertreten, in der sich die Gründungsgruppe am Anfang zusammen gefunden hat. (vgl. Y, Z.177-180)

Kompetenz

Die kompetente Beteiligung der Aktiven soll durch einen gleichen Wissensstand über den Sachverhalt gewährleistet werden. Der Sachverhalt der Initiative betrifft vor allem die Auseinandersetzung mit den gesellschaftlichen Herausforderungen, die Klimawandel und Peak Oil mit sich bringen. Wie auch schon erwähnt, organisiert die Initiative regelmäßig Informationsveranstaltungen, in denen über die Thematik, das Transition-Town Konzept und die Mitwirkungsmöglichkeiten informiert wird. Auf dem Blog wird auf Peak Oil, als Zeitpunkt der maximalen Erdölfördermenge, und den Klimawandel hingewiesen, die beide das erdölfreie Zeitalter einläuten und mit ihnen die Energie- und Kulturwende, die einen umfassenden Wandel für den derzeitigen Lebensstil unserer Gesellschaft mit sich bringen. (vgl. <http://ttbielefeld.wordpress.com/was-ist-transition-town/>, Stand: 18.07.2010) Für thematische Vertiefung verweisen die Veranstalter gerne auf das Handbuch der Energiewende von Rob Hopkins und den eigenen Blog. Wissenslücken müssen ansonsten durch Eigenrecherche geschlossen werden. „Wir gehen halt davon aus, dass die Leute anfangen selber im Internet die Sachen dazu zusammen zu suchen.“ (Y, Z.262-263) Der Umgang mit dem Blog, der ein zentrales Kommunikationsmittel darstellt, wird im Moment von denen geleistet, die sich auskennen. Die Betreuung soll, durch entsprechende Gestaltung der Bedienungsanforderungen des Blogs, aber in Zukunft auch für diejenigen mit wenig Erfahrung möglich sein. Spezielle Weiterbildungsangebote wurden nicht angeboten, bisher war aber auch noch kein Interesse der Aktiven in diese Richtung zu vernehmen. (vgl. Y, Z.254-255)

Transparenz

Die Initiative kommuniziert unabhängig von den regelmäßigen Treffen der Arbeitsgruppen sehr viel über das Internet. Informationen über das aktuelle Geschehen, wie der

Arbeitsstand in den Arbeitsgruppen, Aktionen, Vorträge, erreichen die Aktiven über den Email-Newsletter und den Blog. Die breite Öffentlichkeit wird durch Pressemitteilungen, den Blog oder Mund zu Mund Propaganda informiert. Entscheidungsprozesse bezüglich der Entscheidungen, die in der Kerngruppe im Interesse aller getroffen werden, wie zum Beispiel am 11.03.2010 die „Umsetzung der Vorschläge zur Verbesserung des Informationsfluss aus und an die Gruppen“ (<http://ttbielefeld.wordpress.com/aktuelle-termine/>, Stand: 18.07.2010), werden durch Protokolle nachvollziehbar gemacht. Im Hinblick darauf, dass die Initiative auch besonderen Wert auf die Einbindung der älteren Generation legt, wird die alleinige Kommunikation über das Internet problematisch. „Wir machen viel über Email und Web, das ist aber nicht für jeden was, gerade für Ältere.“ (Y, Z.155-156) Das Einrichten einer Telefonhotline scheiterte bis jetzt an den fehlenden finanziellen Mitteln. Bis jetzt gibt es auch noch kein festes Büro, welches als Anlaufstelle dienen könnte. (vgl. Y, Z.157) Wohl möglich wäre es aber Telefonketten zu organisieren, hier muss nach Y die interne Kommunikation noch verbessert werden. Das wird auch daran deutlich, dass zurzeit Informationen aus den Arbeitsgruppen über die Initiativgruppe laufen, da diese für die Betreuung des Blogs zuständig ist. Informationen könnten viel direkter an die Öffentlichkeit gelangen, „indem die einzelnen Arbeitsgruppen ihren Teil der Website inhaltlich betreuen, füttern können und nicht mehr alles durch das Nadelöhr Initiativgruppe läuft.“ (Y, Z.221-222)

Fairness

Die Informationsmöglichkeiten der Aktiven waren von Anfang an durch den Emailverteiler gegeben, nach den Einträgen im Blog zu schließen kurze Zeit später auch durch das Internet, in dem über Arbeitsgruppentreffen, Veranstaltungen und die zu besprechenden Themen auf den Kerngruppentreffen informiert wurde. Die zu treffenden Entscheidungen in den Arbeitsgruppen und der Initiativgruppe, werden nicht unbedingt mit allen Aktiven abgestimmt. In der Initiativgruppe werden Entscheidungen im Konsens getroffen oder mit eindeutiger Mehrheit, ebenso in der Kerngruppe. Es wurde sich bis jetzt aber auf kein einheitliches Entscheidungsverfahren geeinigt, da laut Y noch kein Bedürfnis hiernach von der gesamten Gruppe zu verspüren war. (vgl. Y, Z.340-341) Die Struktur der Initiative ist am Leitfaden zur Gründung einer Initiative orientiert und wurde am Anfang im Konsens beschlossen. Die Treffen der Kerngruppe, die für die alle betreffenden Entscheidungen

einberufen werden, werden von der Initiativgruppe regelmäßig angesetzt: „ [...] möchten wir wieder, die Initiativ- und Organisations- AG, zu einer „echten“ Kerngruppe mit Vertretern aller anderen AGs erweitern und laden daher die Initiativgruppe und je 1-2 Mitglieder der anderen AGs herzlich zu einem Arbeits-Treffen ein“. (<http://ttbielefeld.wordpress.com/aktuelle-termine/>, Stand: 18.07.2010) Hier wird auch deutlich, dass die Koordination der Initiative in den Händen der Initiativgruppe liegt.

Lernchancen

Die Aktiven verbindet ein breites Spektrum an Erwartungen und Interessen. Sie alle fühlen sich mit ihren Fähigkeiten gefragt und glauben mit diesen etwas Sinnvolles beitragen zu können. (vgl. Y, Z.411) Die Erfahrung, dass die unterschiedlichsten Leute sich Gedanken machen, auch die, von denen es der eine oder andere nicht erwartet hätte, stärkt das Gefühl mit den eigenen Ängsten vor den zukünftigen Herausforderungen nicht alleine zu sein. (vgl. Y, Z.438-439) Y beschreibt den Umgang miteinander als respektvoll. Die Initiative legt großen Wert auf das Gemeinschaftsgefühl in der Gruppe und darauf, dass sich alle wohlfühlen. Dazu werden bei Treffen Rollen verteilt, die einen geordneten und friedlichen Ablauf zulassen. Zu den verteilten Aufgaben gehört neben der des Zeitmanagements und des Protokollierens, unter anderem die Stimmung während des Treffens im Auge zu behalten. (vgl. Y, Z.460) Für das Arbeiten in Gruppen hat die Initiative am 20.11.2009 einen Workshop für alle Arbeitsgruppen organisiert, um Mittel und Wege zu erforschen „wie Gruppenarbeit zu einer freudvollen & produktiven Sache werden kann.“ (<http://ttbielefeld.wordpress.com/aktuelle-termine/>, Stand: 19.07.2010) Hier sollten nicht nur Arbeitsmethoden, wie Open-Space, vorgestellt, sondern auch Regeln für Gruppenarbeit erarbeitet werden z.B. für den Umgang mit Konflikten. Die Aktiven geben sich kooperativ. (vgl. Y, Z.486) Es wird geschaut, dass Personen mit ihren Interessen nicht dominieren. Starke Einzelinteressen, zum Beispiel bezüglich der Bearbeitung von Themen, werden versucht zu integrieren, können aber auch, wenn von der Mehrheit gewünscht, abgelehnt werden. (vgl. Y, Z.513-515) Das Immunisieren des Verfahrens gegen harte Einzelinteressen gilt als ein Aspekt, um die Beteiligung auch für Personen nicht-organisierter, konfliktschwacher Interessen zu ermöglichen. Bisher ließen sich nach Y noch keine großen Konflikte oder Meinungsverschiedenheiten ausmachen. (vgl. Y, Z.499-500)

5.2. Witzenhausen

Einbindung der Öffentlichkeit

In Witzenhausen soll die breite Öffentlichkeit vor allem über die Nutzung städtischer Strukturen erreicht werden. Für die ersten drei Veranstaltungen, die das Transition-Town Modell und seine Beweggründe vorstellen sollten, wurde der Rathaussaal gebucht und auch für die Treffen steht der Initiative der Rathauskeller zur Verfügung. „[...] und wenn die Leute hören das findet im Rathaus statt, das schafft auch schon mal ein Bisschen Vertrauen“, meint X. (X, Z.179-180) Weiter bindet sich die Initiative in städtische Projekte ein, um dort auf andere Initiativen und Bürger der Stadt zu treffen. Auch die von der Initiative organisierten Projekte binden den Normalbürger mit ein. In der Arbeitsgruppe „Garten teilen“ werden zum Beispiel ältere Menschen, die einen Garten besitzen, aber nicht nutzen, mit jungen Alternativen zusammengebracht. Ein Eintrag vom 10.03.2010 berichtet von einem erfolgreichen Treffen zwischen Gartenanbietern und Gartensuchenden: „Mehrere Gartenanbieter und Gartensuchende waren gekommen, es gab einen regen Austausch, konkrete Vereinbarungen wurden getroffen.“ (<http://ttwitzenhausen.wordpress.com/category/garten-teilen/>, Stand: 19.07.2010) Die Mehrheit der Aktiven bilden zurzeit Einheimische, die ihre Zukunft in Witzenhausen sehen, Studenten und Alternative. Eine gezielte Ansprache unterschiedlicher sozialer Schichten und kultureller Bevölkerungsgruppen findet nicht statt. Die Teilnahme ist in den Augen von X leicht gemacht: „Wir sprechen die Menschen in der Breite an. Weil jeder, das ist ja das Gute bei Transition Town, hat irgendwo einen Andockpunkt“ (X, Z.185-187) Was die Zusammenarbeit mit der organisierten Öffentlichkeit betrifft, gibt es noch keine konkreten Pläne. Einzelne Leute von anderen Initiativen wurden jedoch schon angesprochen und zu den Treffen eingeladen. Eine Zusammenarbeit wäre wünschenswert, um mögliche Synergieeffekte zu nutzen. (vgl. XY, Z.285-289) Zeitmangel und die Vielzahl anderer Initiativen, in denen sich die Bürger der Stadt engagieren können, gelten als Hindernis für eine breite Beteiligung. Nach XY und X wäre zum Beispiel eine Lösung sich zu vernetzen (vgl. XY, Z.275) oder Transition-Town Witzenhausen als Dach für verschiedene Initiativen zu nutzen zur Erreichung einer konkreten Zielsetzung, zum Beispiel Einsparung von CO₂. (vgl. X, Z.624-628) Hier bietet sich auch eine Zusammenarbeit mit den Kommunalpolitikern an. (vgl. X, Z.433-435) Zu der Umsetzung der Projekte lässt sich sagen, dass einige Projekte an den zu

großen Erwartungen scheitern, die an sie geknüpft werden. Deshalb ist es wichtig auch die kleinen Zwischenergebnisse zu präsentieren und zu feiern, wie es zum Beispiel XY am Abend der Kinoveranstaltung getan hat, bei der noch einmal Bilder aus dem „Garten teilen“-Projekt gezeigt wurden. (vgl. X, Z.670-671)

Kompetenz

Die erste Informationsveranstaltung der Initiative diente dazu den Zusammenhang zwischen CO2-Problematik und Ölknappheit näher zu erläutern. Am 30.06.2010 wurde der Film „In Transition 1 – der Film“ im Programmkino von Witzenhausen gezeigt, der die Bewegung und ihre Beweggründe vorstellt. Mit folgendem Beitrag wurde die Problematik auf dem Blog erwähnt: „Der „Klimawandel“, ist nur die eine Seite der Medaille, das vorhersehbare Fördermaximum von Erdöl (Peak Oil) und weiterer Ressourcen ist die andere, selten erwähnte und wenig wahrgenommene Seite derselben Medaille. Das Ende unseres verschwenderischen fossilen Wirtschaftens rückt näher. Technologische Innovationen können den dann anstehenden Absturz weicher machen, aber nicht verhindern.“ (<http://ttwizenhausen.wordpress.com/>, Stand: 20.07.2010) In Zukunft soll noch mehr Bildungsarbeit zum Beispiel in Schulen geleistet werden, um die Abhängigkeit von Öl zu thematisieren. (vgl. X, Z.308-310) Informationen werden so aufbereitet, dass sie auch für Nicht-Akademiker verständlich sind. Sie stammen meistens aus Transition-Town Quellen und sind einfach aufbereitet, für Grafiken bedeutet das zum Beispiel, dass sie über wenig Zahlen verfügen. (vgl. X, Z.474-475) Nach XY ist jedoch die Problematik „so simpel, dass wir uns keine Gedanken darüber machen müssen, dass es irgendeine Bevölkerungsschicht nicht verstehen würde.“ (XY, Z.315-316)

Transparenz

Die frühe und fortlaufende Information der Aktiven zu aktuellem Geschehen geschieht über die Mailingliste. „[...] jeder der in den Gruppen mitmacht und in dem Emailverteiler ist, wird grundsätzlich über alles informiert.“ (X, Z.394-395) Das andere Kommunikationsmittel ist der Blog und sind natürlich die Treffen. Auch Außenstehende können über den Blog das aktuelle Geschehen teilweise mit verfolgen. Zurzeit beschränken sich jedoch die Informationen meist auf die Ergebnisse aus den gemeinsamen Sitzungen der Initiative, Ergebnisse und Berichte

aus den einzelnen Arbeitsgruppentreffen sind, mit Ausnahmen, nicht einsichtig. Dies ist dadurch zu erklären, dass die Betreuung des Blogs zurzeit allein von X geleistet wird. Für die Zukunft ist jedoch angedacht, dass der Blog auch für die Betreuung durch die Arbeitsgruppen geöffnet wird, damit diese ihre Arbeitsergebnisse einstellen können. (vgl. X, Z.380-382) Auf Veranstaltungen und Treffen wird die Öffentlichkeit außerdem mittels Flyern, Plakaten und Pressemitteilungen aufmerksam gemacht. Die Leute, die nicht über diese Medien erreicht werden, „die kriegen das meistens auch irgendwie mit, die sind vernetzt, die Stadt ist relativ klein. Es findet eine starke Mund zu Mund Propaganda statt.“ (X, Z.823-824)

Fairness

In der ersten Phase, also vor dem Neubeginn der Initiative Ende 2009, wurden Entscheidungsverfahren diskutiert und Wert darauf gelegt, dass Entscheidungen im Konsens getroffen werden. Beim Neubeginn wurde darüber nicht erneut gesprochen. Auf Grund der vielen Gemeinsamkeiten und evtl. der noch kleinen Gruppengröße kommt es meistens automatisch zu Konsensentscheidungen „und wenn jemand eine andere Meinung hat, dann finden wir immer eine ziemlich einfache Lösung.“ (XY, Z.521-522) Es wurden keine Verfahrensregeln von Anfang an vereinbart. Der strukturelle, ruhige Ablauf von Sitzungen ist stark von der Anwesenheit von X abhängig (XY, Z.555-556). Bis jetzt wurde jedoch auch noch nicht das Bedürfnis nach einer genauen Aufgabenverteilung, bezüglich des Protokollierens oder der Leitung einer Sitzung, von den Aktiven geäußert. Was die Struktur der Initiative betrifft, beschreibt X sie als „loses Bündnis engagierter Leute“ (X, Z.106). Die Strukturen sind noch im Entstehen. Es gibt zwar die Lenkungsgruppen, die einzelnen Arbeitsgruppen und gemeinsame Treffen, aber das kann sich in Zukunft noch verändern. (vgl. X, Z.584)

Lernchancen

Das gemeinsame Interesse der Aktiven ist regionale Strukturen zu stärken, aber auch einfach Leute zu treffen. Einerseits aus dem Gefühl von Einsamkeit heraus, andererseits sind es Leute die zu den Treffen kommen, die sowieso in alternativen Bereichen, wie zum Beispiel ökologischen Hausbau und regenerative Energieversorgung, unterwegs sind und auf Gleichgesinnte treffen wollen, um sich zu vernetzen. (vgl. X, Z.55-56) Als die Initiative zum ersten Mal an die Öffentlichkeit geht, scheint sie auf „fruchtbaren Boden“ zu treffen, durch

den eine Grundsatzdiskussion über die Beweggründe der Initiative hinfällig wird. (vgl. X, Z.47-48) Unterschiedliche Erwartungen wurden nur ganz zu Beginn deutlich, als ein paar Aktive das Gefühl hatten noch mehr über kurz-, mittel- und langfristige Ziele der Initiative sprechen zu müssen und andere, denen das zu theoretisch war, die gleich mit konkreten Projekten starten wollten. Diese unterschiedlichen Erwartungen führten am Ende zu dem bereits erwähnten Stillstand und dem neuen Schwerpunkt, dem Initiieren von Projekten. X beschreibt den Umgang der Aktiven untereinander als inspirierend, aktivierend und berührend. (vgl. X, Z.686-687) Die Unterschiedlichkeit der Aktiven wird als reizvoll wahrgenommen, als gegenseitig befruchtend, aber nicht als Problem betrachtet. (vgl. XY, Z.702-703) Die Bereitschaft zur Kooperation zeigt sich an Xs Aussage, der bis jetzt kein Auftreten starker Eigeninteressen beobachten konnte: „[...] ich war erstaunt darüber, wie wenig Hierarchien es gibt oder auch so der Wunsch Recht zu haben.“ (X, Z.684-685) Meinungsverschiedenheiten sind nach X durch die kleine Gruppengröße schnell geklärt. Leute, die dominant in der Gruppe auftreten, werden von X ermahnt sich ruhiger zu verhalten oder verlassen diese wieder von selbst, wenn sie merken, dass sie in der Gruppe mit ihrem Anliegen keinen Anklang finden. (vgl. X, Z.719-720) Im Moment hofft man auf die gute Energie der Gruppe und darauf, dass man auch ohne Verfahrensregeln in Zukunft auskommt. (vgl. X, Z.740-744)

5.3. Abschließende Beurteilung der Interviewergebnisse

Im Folgenden soll nun eine Beurteilung der Ergebnisse aus den Interviews, die für jede Initiative für die einzelnen Kategorien zusammengetragen wurden, auf Grund der vorher erarbeiteten theoretischen Grundlagen vorgenommen werden.

Sowohl Bielefeld als auch Witzenhausen haben gleich zu Anfang versucht die Öffentlichkeit mit Hilfe von Informationsveranstaltungen zu dem Transition-Town Konzept und der Problematik von Klimawandel und Peak Oil zu informieren. Bielefeld hat diese Veranstaltungen im Laufe der Zeit in regelmäßigen Abständen wiederholt. Dieses bietet kontinuierlich Interessierten die Chance ein konkretes Bild von der Initiative und ihren Aktivitäten, aber auch den Einstieg in die Problematik zu bekommen und mögliche Wissenslücken zu schließen, die einem Engagement in der Initiative evtl. entgegenstünden. Der Bewusstseinsbildungsprozess ist wesentlich für die weitere Arbeit in der Gemeinde und

soll in Witzenhausen deshalb mit mehr Bildungsarbeit zum Thema Abhängigkeit von Öl besonders in den Schulen unterstützt werden. Beide Initiativen nennen Zeitmangel der Aktiven als ausschlaggebendes Hindernis eine höhere Beteiligung zu fördern. Dieses Hindernis wird vermutlich auch in Zukunft eines bleiben, da in voraussehbarer Zeit aus finanziellen Gründen keine Festanstellungen in den Initiativen möglich sind. Die Einbindung der breiten Öffentlichkeit bleibt also weiter abhängig von dem ehrenamtlichen Engagement der Aktiven, welches wiederum durch die begrenzt zur Verfügung stehenden Zeitressourcen geprägt sein wird. Die Lebensumstände der Aktiven sollte bei der Aufstellung der Kriterien zur Bewertung von Partizipationsprozessen in Bürgerinitiativen eine wesentlich größere Rolle als in der Planung spielen, da hier der Planungsprozess meist von Festangestellten initiiert und betreut wird, die ihre Energie nur auf diese Tätigkeit verwenden. Im Fall der Bürgerinitiativen werden diese Aufgaben von Ehrenamtlichen übernommen. Ein kontinuierlicher Zeitmangel auf Grund anderer alltäglicher Verpflichtungen prägt also alle Aktivitäten der Initiative und sollte bei der weiteren Beurteilung des Partizipationsprozess im Hinterkopf behalten werden. Beide Initiativen befürworten eine gezielte Ansprache von unterschiedlichen sozialen Schichten und kulturellen Bevölkerungsgruppen, lassen bisher aber noch keine konkreten Maßnahmen folgen. Die Einbindung der breiten Öffentlichkeit wird in Witzenhausen vor allem auch durch die Nutzung städtischer und somit öffentlicher Strukturen vorangetrieben. Bielefeld möchte mit der Initiative noch mehr in die einzelnen Stadtteile gehen. In beiden Fällen bietet sich die Chance und erhöht sich die Wahrscheinlichkeit Menschen zu erreichen, die alleine nicht zu der Initiative finden würden, zum Beispiel weil sich ihr bisheriges Interesse mit denen der Initiative nicht überschneidet. Weiter sind die Beteiligungsvoraussetzungen niedrig gehalten. Beide Initiativen betonen, dass jeder/ jede mit seinen/ ihren Fähigkeiten gefragt ist und die ins Leben gerufenen Projekte an das lebensnahe Umfeld der Aktiven geknüpft sind. Die Teilnahme verlangt keine hohe Informationsverarbeitung. Die grundlegende Voraussetzung ist das Verständnis für die Beweggründe der Initiative, das durch die Informationsveranstaltungen und die kurze Erläuterung auf dem jeweiligen Blog geschaffen wird. Ansonsten orientiert sich alles andere Wissen stark an den jeweiligen Umfeldern der Aktiven: Wen können wir für welche Aufgaben vor Ort um Hilfe bitten? Welche Räume oder Flächen gibt es, die im Viertel zur Durchführung von Projekten genutzt werden könnten? Was fehlt in dieser Stadt oder in dem

Stadtteil? Welche Visionen lassen sich ausmalen? Ob die Art der Aufbereitung von Informationen wirklich auch für Nicht-Akademiker verständlich ist, wie X sagt, kann im Rahmen dieser Arbeit nicht genau überprüft werden. Ein Hinweis darauf, dass dem wirklich so ist, könnten die Gründer der Initiativen in Bielefeld und Witzenhausen sein. Sie sind keine Experten oder Wissenschaftler und haben es trotzdem geschafft das Verständnis für die Thematik zu entwickeln, mit dem gleichen Material, welches sie auch zur Vorbereitung der Inhalte der Informationsveranstaltungen verwenden. Als Informationsgrundlage dient den Initiativen das Energiewende Handbuch. Hier könnte man ein einseitiges Quellenstudium kritisieren. Diese Kritik kann zumindest teilweise durch die Qualität der Quelle gemildert werden. Der Autor, Rob Hopkins, bedient sich verschiedenster wissenschaftlicher Quellen, die in dem Buch offen gelegt werden, und ist auf Grund seiner Tätigkeit als Dozent mit dem wissenschaftlichen Arbeiten vertraut. (vgl. Hopkins 2008: 225 ff)

Die gezielte Durchsetzung harter Sonderinteressen wurde bisher in beiden Initiativen noch nicht erlebt, Aushandlungsprozesse wurden als kooperativ beschrieben. Dies sind gute Voraussetzungen, um die Beteiligung auch für Personen nicht-organisierter, konfliktschwacher Interessen zu ermöglichen. Kooperation zeichnet sich durch Dialogbereitschaft aus, Interessen werden offen gelegt, eigene Präferenzen hinten angestellt und andere Präferenzen respektiert. (siehe S.24) Da es in den Initiativen nach Aussagen der Interviewpartner eine große Übereinstimmung der Interessenslage gibt und Konflikte oder Meinungsverschiedenheiten bisher scheinbar nicht der Rede wert sind, obwohl hier anzumerken ist, dass beide Initiativen von dem Auftreten dominanter Persönlichkeiten oder Interessen berichten, bleibt die Frage inwieweit überhaupt Lernprozesse, die zum Beispiel soziale Kompetenzen ausbilden, bei den Aktiven angestoßen werden können. Für genauere, spezifischere Aussagen über die Lernchancen in den Initiativen, wäre eine teilnehmende Beobachtung während der Treffen nötig, um die Interaktion zwischen den Aktiven beurteilen zu können. (vgl. Lamnek 2005: 547) Dies kann im Rahmen dieser Arbeit nicht zusätzlich geleistet werden. Es kann jedoch davon ausgegangen werden, dass auch bei gleicher Interessenslage in einem Dialog verschiedene Persönlichkeiten aufeinandertreffen, die lernen müssen miteinander umzugehen. Hier können ebenfalls Lernprozesse angeregt werden.

In Bielefeld lassen sich konkrete Maßnahmen erkennen, wie das dominante Auftreten von Personen unterbunden werden soll. Dazu zählen die bei Treffen zu vergebende Aufgabe der Beobachtung der allgemeinen Stimmung und die Durchführung des Workshops zu erfolgreicher Gruppenarbeit. In Witzenhausen ist auffällig, dass der ruhige und strukturelle Ablauf von gemeinsamen Treffen scheinbar stark von der Anwesenheit von X abhängig ist. Um hier einer Abhängigkeit von der Anwesenheit einer bestimmten Person vorzubeugen, könnte eine Aufgabenverteilung, wie sie in Bielefeld praktiziert wird, hilfreich sein und das gemeinsame Festlegen von Verhaltensregeln, die den Umgang miteinander und Konflikten und Meinungsverschiedenheiten regeln. Dies ist umso wichtiger in der Voraussicht, dass die Initiativen wachsen werden und durch die Größe auch der Bekanntheitsgrad der Aktiven untereinander und damit auch die vertraute Basis abnehmen werden. Dies betrifft auch die Entscheidungsverfahren innerhalb der Initiativen, die bisher nicht das Ergebnis eines gemeinsamen Beschlusses sind. Auch wenn in beiden Initiativen Entscheidungen meist im Konsens getroffen werden, zumindest trifft das auf die Initiativ- und Kerngruppe, als auch für die gemeinsamen Sitzungen in Witzenhausen zu, kommt es auch immer wieder zu scheinbar beliebigen Abweichungen, wie Entscheidungen mit einfacher oder eindeutiger Mehrheit. Ein vorher fest vereinbartes Entscheidungsverfahren könnte zu mehr Klarheit vor allem im Falle von Uneinigkeiten führen. Entscheidungen können auch von Widersachern eher akzeptiert werden und führen nicht zu Unmut in der Initiative, vorausgesetzt das Entscheidungsverfahren wurde einstimmig beschlossen. (siehe S.22)

Das eine Beteiligung unterschiedlicher Menschen möglich ist, bestätigt die aktuelle Zusammensetzung in den Initiativen, die nicht nur durch das alternative Spektrum der Gesellschaft geprägt ist, wie man bei einer gesellschaftskritischen Initiative vermuten könnte, zumindest wohl aber durch bildungsnahe Schichten. Hier macht sich die fehlende gezielte Ansprache unterer Gesellschaftsschichten bemerkbar. In Bielefeld hat es schon eine Zusammenarbeit mit der organisierten Öffentlichkeit gegeben. In Witzenhausen wurde dies noch nicht stärker verfolgt, ist aber gewünscht. Als Voraussetzung wird hier eine gemeinsame längerfristige Zielsetzung genannt, auf die gemeinsam hingearbeitet wird. Spontane Aktionen, wie es sie in Bielefeld zum Anlass der Klimakonferenz gab, lassen sich jedoch wesentlich leichter organisieren und zeigen Erfolg in dem Moment. Sie versprechen zwar keine kontinuierliche Zusammenarbeit für die jeweiligen Projekte vor Ort, haben aber

trotzdem eine gewisse Vernetzung zur Folge, auf die bei Bedarf zurückgegriffen werden kann.

Die interne Kommunikation läuft in beiden Initiativen über E-Mail, den Blog und die Treffen. Das bringt für diejenigen, die mit dem Medium Internet nicht vertraut sind, Nachteile mit sich zum Beispiel für ältere Leute, deren Einbindung für die Bewegung als besonders wichtig gilt. Bielefeld hat dieses Problem erkannt und möchte aus diesem Grund zusätzlich Telefonketten einführen. In Witzenhausen vertraut man darauf, dass durch die Vernetzung der Bürger und die überschaubare Größe der Stadt Informationen durch Mund zu Mund Propaganda, neben dem Einsatz von Flyern, Plakaten und Pressemitteilungen, entsprechende Leute erreichen. Auch Bielefeld setzt unter anderem auf Mund zu Mund Propaganda, um die breite Öffentlichkeit zu erreichen. Auf dieses Mittel der Kommunikation zu vertrauen, ist fragwürdig. In kleinen Dörfern, wo jede(r) jede(n) kennt, verbreiten sich Informationen sehr schnell, nicht jedoch in Kleinstädten, geschweige denn in Großstädten, in denen die Anonymität schon in der Nachbarschaft hoch ist. Hier ist vielleicht doch wieder die gezielte Ansprache gefragt. Die Idee in Bielefeld ein Büro zu mieten und eine Telefonhotline einzurichten, würde die Abhängigkeit der Kommunikation von den digitalen Medien schon mildern. In Witzenhausen hat die Stadt der Initiative Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt. Vielleicht wäre dies auch eine kostengünstige Option für Bielefeld. Beide Initiativen haben, was die Kommunikation nach außen betrifft, Defizite aufzuweisen. Die Absichtserklärungen auf den jeweiligen Websites lassen zwar darauf schließen, worum es den Initiativen im Großen und Ganzen geht. Wie diese Absichten jedoch konkret in den Aktivitäten der einzelnen Arbeitsgruppen umgesetzt werden, bleibt für Außenstehende durch fehlende Berichte über den aktuellen Stand von Projekten schwer nachvollziehbar. Dass die Mitglieder der einzelnen Arbeitsgruppen bisher keinen Zugriff auf den Blog hatten, ist aus theoretischer Sicht unter der Betrachtung von zwei Aspekten problematisch. Einmal, dass die Öffentlichkeit nicht auf direktem Weg informiert wird, um möglicherweise frühzeitig an Vorhaben Kritik äußern zu können. Zweitens erzeugt die zentralisierte Betreuung des Blogs durch die Initiativ- bzw. Lenkungsgruppe Wissenshierarchien, die eine ungleiche Verteilung von Kompetenzen zur Folge haben und Abhängigkeiten schaffen. Im schlimmsten Fall könnten Informationen manipuliert werden. An dieser Stelle ist anzumerken, dass beide Initiativen sich dieser Problematik bewusst sind und gerade daran arbeiten die

Gegebenheiten zu ändern. In Bielefeld wurde dieses Thema sogar auf den Sitzungen der Kerngruppe unter dem Stichpunkt „Umsetzung der Vorschläge zur Verbesserung des Informationsfluss aus und an die Gruppen“ behandelt. Natürlich kann niemandem die Betreuung des Blogs aufgezwungen werden. Es sollten aber zumindest die nötigen Rahmenbedingungen dafür geschaffen sein. Die Betreuung des Blogs kann auch an fehlendem Know-How scheitern. Hier wäre zu überlegen, ob die Aktiven sich untereinander Schulungen anbieten. Dies ist natürlich wiederum eine Frage der vorhandenen Kapazitäten.

In Bielefeld haben alle Aktiven die Möglichkeit Entscheidungsprozesse in der Kerngruppe in den zur Verfügung gestellten Protokollen nachzulesen. Für Außenstehende bleiben Entscheidungsprozesse und auch die Ergebnisse aus den Sitzungen nicht einsehbar, erst wenn zum Beispiel die Planung einer Veranstaltung steht und sie über den Blog oder andere Medien angekündigt wird. In Witzenhausen werden die Entscheidungsprozesse und die Ergebnisse durch Berichte aus den gemeinsamen Sitzungen gleich im Blog veröffentlicht und sind somit für alle, sowohl für die Aktiven, als auch für Außenstehende, dauerhaft einsehbar. Wie hoch der Informationsgehalt dieser Berichte ist, kann nur durch eine wissenschaftliche Dokumentenanalyse angemessen beurteilt werden, die im Rahmen dieser Arbeit ebenfalls nicht geleistet werden kann. Da die Blog Betreuung durch X geleistet wird, sind die Berichte stark durch die Wahrnehmungen einer Person geprägt. Der einseitigen Berichterstattung könnte durch wechselnde Berichtersteller_innen entgegengewirkt werden, natürlich unter der Voraussetzung, dass die anderen Aktiven gewillt sind diese Aufgabe im Wechsel zu übernehmen.

Eine klare Struktur in der Initiative bringt auch Klarheit darüber, wer für welche Aufgaben verantwortlich und mit welchen Entscheidungsbefugnissen ausgestattet ist. Nichts ist ungünstiger für das Vertrauen untereinander, als das Gefühl der Aktiven von Entscheidungen ausgeschlossen zu sein, die sie selber betreffen. In Bielefeld ist die Struktur der Initiative das Ergebnis einer gemeinsamen Entscheidung ganz am Anfang ihrer Gründung gewesen. Sie orientiert sich stark an dem Gründungsleitfaden von Hopkins und enthält repräsentative Elemente durch die Entsendung von Vertretern in die Kerngruppe. Auch wenn in Witzenhausen diese klare Unterteilung in Initiativ- bzw. Lenkungsgruppe, Kerngruppe, die sich aus den Vertretern der Arbeitsgruppen zusammensetzt, und die Arbeitsgruppen noch

nicht besteht, finden trotzdem gemeinsame Treffen mit allen Interessierten statt. Hier werden Entscheidungen, die alle Aktive betreffen, zum Beispiel zur Durchführung von Veranstaltungen, getroffen. Dies erinnert an die basis-demokratischen Strukturen, von denen ganz zu Beginn gesprochen wurde. Diese Struktur ist zwar kein Ergebnis eines gemeinsamen Beschlusses, sie genießt offiziell also nicht die gleiche Legitimität wie in Bielefeld, aber sie scheint bis jetzt zu funktionieren, in dem Sinne, dass noch keiner der Aktiven Einspruch gegen sie erhoben hat. Das mag an der kleinen Gruppengröße und der starken Übereinstimmung der Interessen und Erwartungen liegen, die die Aktiven miteinander verbinden und ein gewisses Grundvertrauen schaffen. Besonders im Hinblick auf den gewünschten Zuwachs an Aktiven, wird sie in Zukunft wahrscheinlich trotzdem anfälliger für Unstimmigkeiten und das Herausbilden von Hierarchien sein, auf Grund von den bereits erwähnten Bürokratisierungstendenzen und der Apathie der Masse (siehe S.6).

Die große Herausforderung für die Initiativen scheint zu sein, das gesamte Spektrum der Gemeinde überhaupt erst einmal auf sich aufmerksam zu machen, besonders im Hinblick auf Menschen unterer Gesellschaftsschichten und mit verschiedenen kulturellen Hintergründen. Erst wenn die Menschen mit den Initiativen direkt in Kontakt gebracht werden, können deren Bemühungen zur Bewusstseinsbildung zu der Problematik und den Handlungsmöglichkeiten überhaupt fruchten. Die verwendeten Kommunikationswege behindern zurzeit vor allem für Menschen ohne Zugang zum Internet an einer vollkommen gleichberechtigten Beteiligung, hier besonders auch ältere Menschen. Dies muss aber auch als generelles Laster des Internetzeitalters angesehen werden. Die zukünftige Betreuung des Blogs durch die Arbeitsgruppen ist ein wichtiger Schritt, um Abhängigkeiten abzubauen und Kompetenzen gleichmäßig zu verteilen. Ist die Aufmerksamkeit erst einmal da, scheinen die Voraussetzungen für eine Beteiligung der breiten Öffentlichkeit an den Aktivitäten der Initiative und während der Treffen vorhanden zu sein. Jede(r) ist mit seinen/ ihren Fähigkeiten und seinem/ ihrem Know-How gefragt. Die Projekte knüpfen an das Lebensumfeld der Aktiven an, so dass Erfolge erfahrbar werden. Die Treffen werden gegen das Auftreten harter Sonderinteressen immunisiert bzw. führt die starke Überschneidung der Interessen und Erwartungen der Aktiven dazu, dass erst gar keine schwerwiegenden Interessenskonflikte aufkommen. Die Aktiven werden mit den nötigen Kompetenzen

ausgestattet, wie zum Beispiel das Wissen um die Problematik und die zur Verfügung stehenden Handlungsoptionen innerhalb der Initiative, die sie befähigen aktiv zu werden.

6. Fazit

Das Ziel der Untersuchung war herauszufinden, ob die Strukturen der Initiativen eine breite Beteiligung der Menschen ihrer Gemeinde zulassen und somit einen alle einbeziehenden Dialog über die Zukunft der Gesellschaft ermöglichen. Wie die Untersuchung gezeigt hat, bringen die Initiativen die Voraussetzungen mit eine breite Beteiligung prinzipiell zu ermöglichen. Die Initiativen werden jedoch auf den Boden der Tatsachen zurück geholt, wenn die Inklusion daran scheitert, dass das vielseitige Spektrum der Gemeinde noch lange nicht vollständig auf den Treffen vertreten ist. Auch wenn es heißt, dass alle willkommen sind mitzumachen. Als eine Hauptursache ist hier die fehlende gezielte Ansprache zu nennen. Die Untersuchung hat auch gezeigt, dass die Energiewende-Initiativen nicht vor Wissenshierarchien gefeit sind, und somit vor dem Ausschluss von Menschen vom Zugang zu Informationen und Kompetenzen. Es benötigt einer ständigen Reflektion der eigenen persönlichen Rolle in der Initiative, als auch ihrer Organisationsstrukturen, damit sich Machtstrukturen und -asymmetrien nicht festigen können.

Über die Antwort auf die Frage, ob die Energiewende-Initiativen Menschen dazu befähigen ihren Beitrag zum Wandel hin zu einer zukunftsfähigen Gesellschaft zu leisten, kann hier nur gemutmaßt werden. Fakt ist, dass die Initiativen eine Problematik aufgreifen, die sich am Puls der Zeit orientiert. Die Menschen, die sich in den Initiativen engagieren, treten über die Frage „wie wir in Zukunft leben wollen“ in einen Dialog. Mit ihren Fähigkeiten, die sie besitzen rufen sie Projekte ins Leben, die alternative Handlungsmöglichkeiten aufzeigen sollen. Die Initiativen stellen den Rahmen dafür bereit, dass Menschen zusammen treffen, die sich gegenseitig motivieren aktiv zu werden und die alleine vielleicht ihre Fähigkeiten nicht genutzt hätten. Die Umkehr von Ängsten in Hoffnungen kann ein treibender Motor sein, um handlungsfähig zu werden. (vgl. Hopkins 2008: 90) Ein innovatives Moment ist die Vielfalt an Methoden, mit denen sich die Initiativen dem Thema Zukunftsängsten und dem Entwickeln von Gemeinschaftssinn versucht wird zu nähern. Dafür spricht das Spiel mit dem Wollknäuel, das in Witzenhausen bei einer der ersten Veranstaltungen gespielt wurde: Alle stehen in einem Kreis und werfen sich nach und ein Wollknäuel zu. Mit der Zeit entsteht ein

großes Netz, das von allen zusammen getragen wird. Lösen sich einzelne aus dem Netz heraus, und verlassen den Kreis, trägt auch das Netz nicht mehr. Nach dem Motto, wenn wir alle zusammenhalten, dann sind wir stark und widerstandsfähig. Mit dem Spiel wird diese Erfahrung möglich.

Wie sich Partizipationsprozesse in der überregionalen Vernetzung der weltweiten Initiativen gestalten, ist ein weiterer interessanter Aspekt, auf den hier leider nicht weiter eingegangen werden kann. Ob die Initiativen mittels ihrer Projekte wirklich zu einem Wandel beitragen können, bleibt auf Grund der Komplexität des Prozesses eines gesellschaftlichen Wandels, schwer zu beantworten und wird ebenfalls im Rahmen dieser Arbeit nicht zu beantworten sein. Die Beobachtung der Projektentwicklungen bleibt unter diesem Aspekt spannend. Ein Versuch ist es auf Grund der Notwendigkeit von Lösungsansätzen jedoch allemal wert.

Literaturverzeichnis

Arnstein, Sherry (1967): A Ladder of Citizen Participation. Unter: http://www2.eastwestcenter.org/environment/CBFM/2_Arnstein.pdf, (Stand: 25.07.2010).

Baranek, Elke; Walk, Heike (2005): Partizipation und Nachhaltigkeit – zwei Seiten ein und derselben Medaille. In: Feindt, Peter H; Newig, Jens (Hrsg.): Partizipation, Öffentlichkeitsbeteiligung, Nachhaltigkeit. Perspektiven der politischen Ökonomie. Marburg: Metropolis-Verl. (Ökologie und Wirtschaftsforschung, 62), S.65-86.

Bischoff, Ariane; Selle, Klaus; Sinning, Heidi (1995): Informieren, beteiligen, kooperieren. Kommunikation in Planungsprozessen ; eine Übersicht zu Formen, Verfahren, Methoden und Techniken. Dortmund: Dortmunder Vertrieb für Bau- u. Planungsliteratur (Kommunikation im Planungsprozeß, 1).

Campbell, Colin J; Liesenborghs, Frauke; Schindler, Jörg; Zittel, Werner (2008): Ölwechsel! Das Ende des Erdölzeitalters und die Weichenstellung für die Zukunft. 2. Aufl., aktualisierte Neuaufl. München: Dt. Taschenbuch-Verl. (dtv, 34389).

Feindt, Peter H.; Newig, Jens (2005): Politische Ökonomie von Partizipation und Öffentlichkeitsbeteiligung im Nachhaltigkeitskontext. Probleme und Forschungsperspektiven. In: Feindt, Peter H; Newig, Jens (Hrsg.): Partizipation, Öffentlichkeitsbeteiligung, Nachhaltigkeit. Perspektiven der politischen Ökonomie. Marburg: Metropolis-Verl. (Ökologie und Wirtschaftsforschung, 62), S.9 – 40.

Haunss, Sebastian (2000): Das Innere sozialer Bewegungen. Strukturelle Konfliktlinien basisdemokratischer Bewegungsorganisationen. In: Roth, Roland: Jugendkulturen, Politik und Protest. Vom Widerstand zum Kommerz? Opladen: Leske + Budrich, S. 141-163.

Heinrichs, Harald (2005): Herausforderung Nachhaltigkeit: Transformation durch Partizipation? In: Feindt, Peter H; Newig, Jens (Hrsg.): Partizipation, Öffentlichkeitsbeteiligung, Nachhaltigkeit. Perspektiven der politischen Ökonomie. Marburg: Metropolis-Verl. (Ökologie und Wirtschaftsforschung, 62), S. 43-63.

Hollihn, Frank A. (1978): Partizipation und Demokratie. Bürgerbeteiligung am kommunalen Planungsprozeß? Univ., Diss.--Bern, 1976. 1. Aufl. Baden-Baden: Nomos-Verl.-Ges. (Planen, 12).

Hopkins, Rob (2008): The Transition Handbook. From oil dependence to local resilience. Totnes: Green Books.

Hopkins, Rob; Götting, Waltraud (2008): Energiewende - das Handbuch. Anleitung für zukunftsfähige Lebensweisen. Dt. Erstausg., 1. Aufl. Frankfurt am Main: Zweitausendeins.

Hopkins, Rob; Brangwyn, Ben (12.08.2008): Transition Initiatives Primer – becoming a Transition Town, City, District, Village, Community or even Island. Unter:

[http://www.transitionnetwork.org/sites/default/files/TransitionInitiativesPrimer\(3\).pdf](http://www.transitionnetwork.org/sites/default/files/TransitionInitiativesPrimer(3).pdf)

(Stand: 28.06.2010)

Kohout, Franz (2002): Vom Wert der Partizipation. Eine Analyse partizipativ angelegter Entscheidungsfindung in der Umweltpolitik. Münster: LIT Verlag.

Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung. Lehrbuch. 4., vollst. überarb. Aufl. Weinheim: Beltz PVU.

Linder, Wolf; Vatter, Adrian (1996): Kriterien zur Evaluation von Partizipationsverfahren. In: Selle, Klaus; Rösener, Britta; Rössig, Michael: Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft; Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen. Wiesbaden: Bauverl., S.181 – 188.

Mieg, Harald A.; Näf, Matthias (2005). Experteninterviews (2. Aufl.). ETH Zürich: Institut für Mensch-Umwelt-Systeme (HES).

Newig, Jens (2005): Erleichtert Öffentlichkeitsbeteiligung die Umsetzung (umwelt-) politischer Maßnahmen? Ein Modellansatz zur Klärung der Implementationseffektivität. In: Feindt, Peter H; Newig, Jens (Hrsg.): Partizipation, Öffentlichkeitsbeteiligung, Nachhaltigkeit. Perspektiven der politischen Ökonomie. Marburg: Metropolis-Verl. (Ökologie und Wirtschaftsforschung, 62), S. 89 – 116.

Oels, Angela (2007): Nachhaltigkeit, Partizipation und Macht – oder: Warum Partizipation nicht unbedingt zu Nachhaltigkeit führt. In: Jonuschat, Helga: Partizipation und Nachhaltigkeit. Vom Leitbild zur Umsetzung; [Ergebnisse des Workshops "Partizipation und Nachhaltigkeit - Der Teufel steckt im Detail", der am 23. September 2005 in Berlin stattfand]. München: Oekom (Ergebnisse sozial-ökologischer Forschung, 7), S.28-43.

Olk, Thomas; Roth, Roland (2007): Mehr Partizipation wagen. Argumente für eine verstärkte Beteiligung von Kindern und Jugendlichen ; [mit Handlungsempfehlungen für Kommunen]. Gütersloh: Verl. Bertelsmann-Stiftung.

Oppermann, Bettina; Langer, Kerstin (2002): Die Qualität partizipative und kooperativer Projekte in der Technikfolgenabschätzung. Stuttgart: Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg.

Roth, Roland (1987): Kommunikationsstrukturen und Vernetzungen in neuen sozialen Bewegungen. In: Roth, Roland; Rucht, Dieter: Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Studien zur Geschichte und Politik, 252), S.68-88.

Rucht, Dieter (1982): Planung und Partizipation. Bürgerinitiativen als Reaktion und Herausforderung politisch-administrativer Planung. München: Tuduv-Verl.-Ges. (Tuduv-Buchreihe Politologie, Soziologie, 9).

Rucht, Dieter (1987): Von der Bewegung zur Institution? Organisationsstrukturen der Ökologiebewegung. In: Roth, Roland; Rucht, Dieter: Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung (Studien zur Geschichte und Politik, 252), S.238-260.

Selle, Klaus (1994): Was ist bloß mit der Planung los? Erkundungen auf dem Weg zum kooperativen Handeln ; ein Werkbuch. Dortmund: IRPUD (Dortmunder Beiträge zur Raumplanung Blaue Reihe, 69).

Selle, Klaus (1996): Klärungsbedarf. Sechs Fragen zur Kommunikation in Planungsprozessen – insbesondere zur Beteiligung von Bürgerinnen und Bürgern. In: Selle, Klaus; Rösener, Britta; Rössig, Michael: Planung und Kommunikation. Gestaltung von Planungsprozessen in Quartier, Stadt und Landschaft; Grundlagen, Methoden, Praxiserfahrungen. Wiesbaden: Bauverl., S.161-180.

Internetquellen

Transition-Town Bielefeld (2010), Unter: <http://ttbielefeld.wordpress.com/was-ist-transition-town/>, (Stand: 25.07.2010).

Transition-Town Witzenhausen (2010), Unter: <http://ttwizenhausen.wordpress.com/>, (Stand: 25.07.2010)